



101. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 18. September 2020

Mitteilungen des Präsidenten	3	2 Den Worten des Koalitionsvertrages Taten folgen lassen – Die Landesregierung muss mehr für die FernUniversität Hagen tun!	
Vor Eintritt in die Tagesordnung	3	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8424	
Änderung der Tagesordnung.....	3	Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses Drucksache 17/10916	22
1 Die wirkliche K-Frage! Kluft zwischen Arm und Reich in NRW wächst dramatisch!		Raphael Tigges (CDU).....	22
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/10958		Dietmar Bell (SPD)	23
<u>In Verbindung mit:</u>		Daniela Beihl (FDP)	24
Leben mit uns in der Corona-Pandemie – Jetzt die richtigen Weichen stellen, um unverzichtbare Strukturen zu erhalten!		Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)	25
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/10959	3	Helmut Seifen (AfD).....	26
Thomas Kutschaty (SPD).....	3	Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen	27
Marco Schmitz (CDU).....	4	Ergebnis	28
Ralph Bombis (FDP).....	6	3 Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der Kunststoff-Kreislaufwirtschaft machen – Ein Forschungsinstitut für Kunststoffrecycling fördern	
Josefine Paul (GRÜNE).....	8	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/10840	28
Dr. Martin Vincentz (AfD).....	9	Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)	29
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	11	Petra Vogt (CDU).....	30
Lisa-Kristin Kapteinat (SPD).....	13	Karl Schultheis (SPD)	30
Oliver Kehrl (CDU).....	14	Angela Freimuth (FDP)	31
Josefine Paul (GRÜNE).....	16	Helmut Seifen (AfD).....	32
Sven Werner Tritschler (AfD)	17	Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen	33
Ministerin Ina Scharrenbach.....	18	Ergebnis	33
Daniel Sieveke (CDU)	20		

**4 Rechte und Bedürfnisse von Kindern
mahnend in den Fokus rücken – den
Weltkindertag am 20. September zum
gesetzlichen Feiertag erklären!**

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/10858.....	34
Iris Dworeck-Danielowski (AfD).....	34
Charlotte Quik (CDU)	35
Dr. Nadja Büteführ (SPD).....	36
Marcel Hafke (FDP).....	37
Josefine Paul (GRÜNE).....	38
Minister Herbert Reul.....	39
Ergebnis	40

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Armin Laschet
Minister Peter Biesenbach
Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner
Minister Karl-Josef Laumann
Minister Dr. Joachim Stamp
Andreas Bialas (SPD)
Martin Börschel (SPD)
Gabriele Hammelrath (SPD)
Marc Herter (SPD)
Christina Kampmann (SPD)
Andreas Kossiski (SPD)
Hannelore Kraft (SPD)
Jochen Ott (SPD)
Norbert Römer (SPD)
Rainer Schmeltzer (SPD)
Ibrahim Yetim (SPD)
Horst Becker (GRÜNE)
Sigrid Beer (GRÜNE)
Stefan Engstfeld (GRÜNE)
Arndt Klocke (GRÜNE)
Mehrddad Mostofizadeh (GRÜNE)
Thomas Röckemann (AfD)
Dr. Christian Blex (AfD)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle sehr herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 101. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in der aktuellen Legislaturperiode. Mein GruÙ gilt den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **21 Abgeordnete entschuldigt**; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den ursprünglich für gestern vorgesehenen Tagesordnungspunkt 8 alt – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der Kunststoff-Kreislaufwirtschaft machen – Ein Forschungsinstitut für Kunststoffrecycling fördern“ Drucksache 17/10840 – heute als Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf:

1 Die wirkliche K-Frage! Kluft zwischen Arm und Reich in NRW wächst dramatisch!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10958

In Verbindung mit:

Leben mit uns in der Corona-Pandemie – Jetzt die richtigen Weichen stellen, um unverzichtbare Strukturen zu erhalten!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10959

Die Fraktionen von SPD, CDU und FDP haben jeweils mit Schreiben vom 14. September gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu den genannten aktuellen Fragen der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schönen guten Morgen!

Wissen Sie noch, was wir am 24. März dieses Jahres hier im Plenarsaal gemacht haben? – Wir haben uns am 24. März dieses Jahres im Plenarsaal von unseren Plätzen erhoben und all diejenigen Beschäftigten applaudiert, die im Lockdown die Lebensmittelversorgung, die Daseinsvorsorge und das Gesundheitssystem trotz persönlicher Risiken für ihre eigene Gesundheit aufrechterhalten haben. An jenem Tag im März haben wir anerkannt, wer systemrelevant ist und auf wen man sich verlassen kann, wenn es darauf ankommt.

Allerdings bedeutet systemrelevant in diesem Land zu sein nicht automatisch, in sozialer Sicherheit zu leben. In Nordrhein-Westfalen verdient eine Verkäuferin mit einer 38-Stunden-Woche im Durchschnitt 1.890 Euro brutto im Monat. Damit arbeitet sie im Niedriglohnbereich. Hat sie noch Kinder, muss sie Hartz IV beantragen, um über die Runden zu kommen.

Meine Damen und Herren, eine arbeitende Frau wird zur Bittstellerin, eine arbeitende Frau, die sich in den Sturm gestellt hat, als viele von uns im Homeoffice in Deckung gegangen sind. Das ist ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD)

Das war es schon vor der Krise und ist es heute erst recht.

178 Tage sind seit dieser Landtagssitzung vergangen, der Applaus ist längst verklungen, und nun tritt ein, was zu befürchten war: Die Heldinnen und Helden der Krise sind die Verlierer*innen der Krise. Die Zahlen der Wirtschaftsforschungsinstitute, die uns in diesen Tagen erreichen, sind leider eindeutig: Je weniger eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer vor der Pandemie verdiente, desto höher sind die Einkommensverluste in der Pandemie.

Dabei war schon die Situation vor der Krise nicht gut. Deutschland leistet sich mit über 20 % aller Beschäftigten den größten Niedriglohnsektor Europas. In Schweden sind es nur 3 %. Trotzdem werden in Schweden Kranke und Alte gepflegt, trotzdem sitzen in Schweden Beschäftigte an den Supermarktkassen, trotzdem werden Büros gereinigt. Der Niedriglohnsektor ist keine ökonomische Notwendigkeit. Deshalb wollen wir schwedische Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Das ist ein Gebot der Leistungsgerechtigkeit, es ist aber auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Wir merken doch jetzt gerade in dieser Pandemie, dass der Export schwächelt, wir auf Binnennachfrage setzen müssen. Deswegen ist es gut, dass wir Kaufkraft nach Nordrhein-Westfalen, nach Deutschland bekommen.

Nicht zuletzt ist die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit auch ein Gebot der Demokratie. Wo die Einkommen gering sind, ist auch die Wahlbeteiligung gering. Zu viele Menschen sehen keinen Sinn mehr darin, wählen zu gehen. Bei den Kommunalwahlen am letzten Sonntag ist die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung noch einmal größer geworden.

Machen wir uns nichts vor: Die Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts schleicht sich über die Hintertür der Wahlbeteiligung wieder in unsere Verfassungsrealität.

(Beifall von der SPD)

Wer glaubt, das sei nicht sein Problem, weil die eigenen Wähler ja in Köln-Lindenthal oder in Essen-Bredeney wohnen, der wird irgendwann das Schicksal von David Cameron und Hillary Clinton erleiden.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen, aber wir können auch wieder für mehr Leistungsgerechtigkeit in unserem Land sorgen. Der Erfolg des Mindestlohns zeigt, dass das möglich ist. Der Mindestlohn hat dafür gesorgt, dass Geringverdiener zum ersten Mal seit 15 Jahren überhaupt wieder reale Lohnzuwächse hatten. Hier müssen wir anschließen, und zwar mit vier Punkten.

Erstens. Der Mindestlohn muss auf ein Niveau steigen, das eine armutsfeste Rente garantiert. 12 Euro pro Stunde sind dafür nur noch die Untergrenze. Bis es soweit ist, wäre schon viel gewonnen, wenn die Landesregierung endlich für Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen würde. Tun Sie endlich Ihre Pflicht und kontrollieren Sie die Einhaltung des Mindestlohns in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Der beste Schutz vor sozialer Ungleichheit und Niedriglöhnen sind starke Gewerkschaften und starke Tarifverträge. Tarifflicht darf sich nicht mehr lohnen. Ich habe sehr positiv vernommen, dass die Gewerkschaft ver.di jetzt im Bereich der Altenpflege einen neuen Tarifvertrag mit einem Stundenlohn von 18,50 Euro abgeschlossen hat. Solche Tarifverträge müssen jetzt schnell allgemeinverbindlich werden, damit alle Beschäftigten in der Altenpflege davon etwas haben.

(Beifall von der SPD)

Drittens. Wir müssen dafür sorgen, dass die Mieten in Nordrhein-Westfalen sinken oder zumindest nicht weiter steigen. Mieterrechte müssen gestärkt, das Wohnungsangebot für bezahlbare Wohnungen muss drastisch ausgeweitet werden. Das gelingt nur durch massive Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbau. Leider sieht die Landesregierung tatenlos zu, wie Mietsteigerungen jede Lohnerhöhung automatisch auffressen. Das muss sich ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Viertens. Wir brauchen eine große Steuer- und Abgabenreform. In der Pandemie wird viel darüber diskutiert, wer jetzt zu entlasten ist, damit es mit der Wirtschaft wieder weitergeht. Auch CDU und FDP haben dazu sicherlich Vorschläge. Aber in dem Punkt unterscheiden wir uns. Wir wollen keine Steuerensenkungen für Millionäre. Wir wollen keine Steuerensenkungen für Friedrich Merz, wir wollen Entlastungen für seine Putzfrau, seinen Fahrer und seine Gärtnerin.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen die Entlastungen für die echten Leistungsträger in unserem Land, für die Frauen und Männer, die unsere Kinder betreuen, unsere Angehörigen pflegen und in der Kantine unser Essen kochen. Wir wollen Entlastungen für alle, die Stahl gießen, Windräder bauen und Busse fahren.

Im Gegenzug dazu müssen wir exorbitante Vermögen und Erbschaften gerechter besteuern. Allein durch den Immobilienboom der letzten Jahre ist das Vermögen der 10 % reichsten Deutschen inflationsbereinigt um 1,5 Billionen Euro gewachsen. 1,5 Billionen Euro – und das ohne einen einzigen Cent an Investitionen! Hinzu kommen drastische Vermögenszuwächse auf dem Finanzkapitalmarkt. Leistungslose Vermögen und Einkommen, die nicht investiert werden und für die sich niemand anstrengt, müssen endlich einen angemessenen Anteil zum Allgemeinwohl beitragen.

(Beifall von der SPD)

Mit Leistungsgerechtigkeit hat dieser Grad der Ungleichheit in unserem Land nichts mehr zu tun. Es wird Zeit, dass wir die Versprechen, die wir vor 178 Tagen hier gegeben haben, jetzt endlich einlösen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Schmitz.

Marco Schmitz (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kutschaty und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, ich bin schon erstaunt. Sie nehmen einen zweiseitigen Artikel in der „Bild“-Zeitung zum Anlass für einen einseitigen Antrag – zum Thema „Frauen“ haben Sie in dem zweiten Teil Ihres Antrags gar nichts gesagt – und führen eine Generaldebatte nach dem Motto: Alles, was ich als Sozialdemokrat schon einmal sagen wollte, haue ich heute raus.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Ziemlich getroffen, oder? – Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist für mich ein Stück weit sehr erstaunlich.

Ich möchte trotzdem kurz auf den Artikel eingehen, damit draußen in der Bevölkerung und hier im Hause klar wird, worauf Sie sich eigentlich beziehen. Der Artikel – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – bezieht sich auf eine Studie in Amerika. Dort heißt es:

Das K-Modell bezieht sich auf die USA, wo die Regierung wenig getan hat, um Pleiten und Massenentlassungen zu verhindern. Der starke Sozialstaat Deutschland hat einige Härten der Pandemie abfedern können, sagt Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Sie beginnen Ihren Antrag mit einer Studie, die sich auf Amerika und nicht auf Deutschland bezieht. Okay, das akzeptiere ich. Sie brauchten etwas, um heute etwas sagen zu können. Wo jedoch die Aktualität ist, habe ich noch nicht erkannt, weil das Problem schon vorher bekannt war.

(Sarah Philipp [SPD]: Das sollten Sie den Präsidenten fragen! – Weitere Zurufe von Stefan Zimkeit [SPD] und Gordan Dudas [SPD])

– Das mit der Inhaltlichkeit ist ja das, was von Herrn Kutschaty gerade kam.

(Zurufe von der SPD)

Ich kann mich doch nur auf Ihre Aktuelle Stunde und auf das beziehen, was Sie schreiben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bin ja erstaunt, was für Sie Inhalte sind.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich weitermachen. – Sie gehen in dem Artikel weiterhin auf die Werkvertragsarbeitnehmer aus der Fleischindustrie ein, schreiben dazu, dass die noch viel stärker betroffen sind. Das Zitat in der „Bild“-Zeitung lautete aber: Der Coronaausbruch bei Tönnies zeigt: Schlachthofarbeiter tragen für wenig Lohn ein extremes Infektionsrisiko. Andererseits – das steht auch so darin –: Auch Hollywoodstars, Fußballnationalspieler und milliardenschwere Unternehmer wurden positiv getestet. Das Virus macht auch vor Villenmauern nicht Halt.

Also, wenn Sie zitieren, dann nehmen Sie auch die gesamte Bandbreite, und erzählen Sie nicht, es seien nur einzelne Berufsgruppen betroffen.

(Beifall von der CDU – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Die Reichen können sich aber besser schützen als die Arbeiter in der Fleischindustrie!)

– Frau Kapteinat, Sie haben gleich die Möglichkeit zur Erwiderung; Sie stehen ja auf der Redeliste. Ich bin mir sicher, Sie werden das tun.

Also noch einmal: Normalerweise bin ich von Ihnen durchaus Besseres gewohnt als Zitate aus der „Bild“-Zeitung, und dann ist das auch noch die einzige Recherche.

(Beifall von der CDU)

Der von Ihnen schnell gestrickte Antrag erweckt eher den Anschein, dass Sie nicht mehr wissen, welches Klientel der Wählerinnen und Wähler sie denn bedienen sollen. Kümmern wir uns gerade um die Mitte der Gesellschaft, oder aber versuchen wir, am linken Rand zu sammeln? Sie schmeißen eben mal alle alten Ideen der linken Sozialdemokratie in einen Topf und schreiben sie auf einer Seite zu einem Antrag zusammen. Bevor wir hier ernsthaft eine Debatte über Chancengerechtigkeit führen, sollten Sie sich erst einmal selber bewusst werden, wo Ihr politischer Kompass momentan hinzeigt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Debatte um die K-Frage ist nicht neu. Aber anstatt eine immer weiter auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich heraufzubeschwören, tun wir im Gegensatz zu Ihnen etwas dagegen. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, sind aber im Gegensatz zu Ihnen auch dabei, konkrete Maßnahmen zur Abfederung der Härten der Pandemie umzusetzen. Einige reden halt, aber die NRW-Koalition setzt bereits um.

Wir haben mehrere Maßnahmen auf Landesebene verabschiedet, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Corona betroffen sind, schnell und effizient unter die Arme zu greifen. Damit ist uns ein wesentlicher Stabilisierungserfolg gelungen. Hinzu kamen die überregionalen Maßnahmen, die der Bund verabschiedet hat. Gerne möchte ich noch einmal einige Maßnahmen in Ihre Erinnerung rufen.

Es gab das Kurzarbeitergeld vom Bund. Es gab die Soforthilfen und Zuschussprogramme für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen. Wir haben Überbrückungshilfen des Bundes bekommen. Es gab, weil das nicht ausreichte, die Überbrückungshilfe Plus vom Land NRW. Es gab Anpassungen im Sozial- und Zivilrecht gerade in dem Bereich. Es hat eine Vereinfachung bei der Beantragung von Hartz IV gegeben, indem die Prüfung vereinfacht worden ist, damit die Menschen jetzt möglichst schnell und unproblematisch an ihr Geld kommen.

Ich möchte gerne noch auf einiges eingehen, die was nicht in Ihrem Antrag steht, was Sie aber eben in Ihrer Rede angesprochen haben, Herr Kutschaty.

Zum einen war ich doch erstaunt, dass Sie eben davon sprachen, dass das Dreiklassenwahlrecht wieder eingeführt werden soll oder dass es gefühlt

wieder eingeführt wird. – Wir leben in einer starken Demokratie. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat jeder hier die Möglichkeit, zu wählen bzw. von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich finde es schlimm, wenn Parlamentarier hier Verhältnisse wie in anderen Ländern heraufbeschwören, in denen nicht jeder die Möglichkeit hat, zu wählen. Da wäre ich mit der Wortwahl etwas vorsichtiger.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Er hat es nicht verstanden, oder er will es nicht verstehen!)

Dann noch etwas zum Mindestlohn. Ich glaube, mit Karl-Josef Laumann haben wir einen Arbeitsminister, von dem keiner behaupten würde, wir würden uns nicht um die Einhaltung des Arbeitsschutzes und die Zahlung des Mindestlohns kümmern. Wir haben zusätzliche Stellen für den Arbeitsschutz bereitgestellt. Wir kontrollieren regelmäßig. Was die Krise in der Fleischwirtschaft angeht, ist die Einhaltung der Vorschriften auch schon vor Corona kontrolliert worden.

(Sven Wolf [SPD]: Der Arbeitsschutz war im Homeoffice!)

Jetzt ist durchgesetzt worden, dass es in dem Bereich keine Werkvertragsarbeitnehmer mehr gibt.

Wir haben – Sie hätten sich vielleicht mit den Kollegen aus der Fraktion austauschen sollen – zum Thema „Mindestlohn in der Fleischbranche“ in der letzten oder vorletzten Woche eine Anhörung durchgeführt. Auch da wurde noch einmal deutlich, dass es eine Anhebung des Mindestlohns geben muss. Dem ist ja gerade Rechnung getragen worden. Dem widersetzen wir uns nicht. Aber die Sozialpartner haben schon ein Problem damit, wenn die Politik über den Lohn bestimmen möchte, was eigentlich Aufgabe der Sozialpartner ist. Also, da sollten wir gucken, dass wir denen nicht zu sehr in das Geschäft hineinpfeuschen.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, das tue ich ununterbrochen. Ich pfusche ununterbrochen hinein. Aber wir setzen es um. Das ist der große Unterschied. Wir gehen auf die Menschen zu, arbeiten mit ihnen und fragen sie, wo die Probleme sind. Wir halten keine Sonntagsreden, sondern wir setzen um.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Autosuggestion!)

– Sie können ja die Leute im Land fragen, ob das eine Autosuggestion ist oder ob die Hilfen bei ihnen angekommen sind und sie eben nicht die Probleme gehabt haben.

(Sven Wolf [SPD]: Fragen Sie doch mal die Künstler!)

Wir in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen sind so durch die Krise gekommen, dass wir keinen zurückgelassen haben. Da würde ich mir überlegen, was denn wichtiger ist, eine Sonntagsrede zu halten oder etwas umzusetzen. Das sollten Sie sich einmal überlegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP hat nun der Abgeordnete Bombis das Wort.

Ralph Bombis (FDP): Guten Morgen! – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Wir alle wissen, dass die Coronakrise die Menschen in Nordrhein-Westfalen bereits seit vielen Monaten vor große Herausforderungen stellt. Sowohl im wirtschaftlichen Leben, aber natürlich auch im Privatleben müssen wir viele Veränderungen bewältigen. Eingespielte Routinen mussten von einem auf den anderen Tag geändert werden. All das ist zweifelsohne eine Belastung, wirtschaftlich, psychisch, für jeden Einzelnen.

Die wirtschaftlichen Folgen des Shutdowns zeigen sich immer deutlicher, ebenso natürlich auch ganz allgemein die Folgen für eine verunsicherte Gesellschaft. Wirtschaftlich bedeutet das, die Kurzarbeit steigt stark an, Unternehmen geraten in Liquiditätsschwierigkeiten, Arbeitsplätze sind bedroht.

Der Bund, die Länder, wir als NRW-Koalition und die von uns getragene Landesregierung haben in einem seit Bestehen der Bundesrepublik einmaligen Kraftakt Hilfsprogramme auf den Weg gebracht, die unsere Betriebe und die Beschäftigten schützen sollen. Wir in NRW haben besonders schnell gehandelt und mit 25 Milliarden Euro den größten finanziellen Schutzschirm für Betriebe und die Menschen in diesem Land gespannt. Wir helfen kleineren Unternehmen. Wir stocken die Zuschüsse des Bundes deutlich auf. Kleinstunternehmen bekommen Hilfe. Es gibt Landesbürgschaften. Die NRW.BANK hat ihre Kreditlinien verbessert. Wir haben also sehr viel getan.

Aber – auch das gehört zur Wahrheit – kein Betriebe wird auf Dauer von Staatshilfen leben können, und kein Betriebe will auf Dauer von Staatshilfen leben.

Auch wenn wir alle Maßnahmen der Coronaverordnung immer kritisch auf Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit hin überprüfen müssen, werden wir noch einige Zeit mit den Einschränkungen leben müssen.

Deswegen haben am letzten Donnerstag der TÜV und der DEHOGA gemeinsam beispielhaft für die Gastronomie ein Konzept vorgelegt, nach dem Hygienemaßnahmen und Innovationen dazu führen können, dass wir hier kontrolliert zu einer Normalisierung gelangen. Das ist auch dringend nötig.

Während wir jetzt noch die letzten Sonnenstrahlen in Biergärten und Straßencafés genießen, sehen wir den Herbst und Winter auf uns zukommen. Auch wenn wir vielleicht durch Maßnahmen wie beispielsweise die Zulassung von Heizpilzen ein wenig länger draußen sitzen können, ist es für die Hotels und für die Gastronomie jedoch entscheidend, dass wir Konzepte finden, mit denen wir ihnen auch im Winter einen möglichst normalen Betrieb ermöglichen.

Ein vielversprechender Ansatz ist zum Beispiel, die Filtertechnologie zu fördern und zur Anwendung zu bringen, damit die Luft ausgetauscht wird. Diese innovative Technik könnte verbindliche Einschränkungen wie etwa Mindestabstände einer neuen Bewertung zuführen.

Am Ende des Tages ist das nicht nur für die Gastronomie und für die Hotellerie interessant, sondern das kann auch beispielhaft für andere Bereiche wirken. Das könnte zum Beispiel im Tourismus, im Beherbergungsgewerbe insgesamt, im Einzelhandel, aber auch in nichtgewerblichen Bereichen wie Schulen oder Behörden eingesetzt werden.

Die NRW-Koalition und die Landesregierung gehen deswegen den richtigen Weg, um Innovationen zu ermöglichen, um zu einer möglichen Normalisierung des Lebens zu gelangen, um den Menschen wieder eine Perspektive zu geben und um Arbeitsplätze und Betriebe in Nordrhein-Westfalen zu sichern.

(Beifall von der FDP)

Das, was Sie, Herr Kutschaty, in Ihrer Rede vorgebracht haben, hat mich demgegenüber wirklich enttäuscht. Die Coronakrise stellt doch alle Menschen in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland, ja weltweit vor eine Herausforderung.

Die Aushilfe im Café ist betroffen, weil die Umsätze dort zurückgehen und damit ihr Arbeitsplatz bedroht ist. Der Facharbeiter ist betroffen, weil in der Industrie Aufträge einbrechen oder manche Werke vielleicht vor dem Aus stehen. Gut verdienende Selbstständige sind betroffen, weil die Aufträge einbrechen oder vielleicht ihre gesamte Geschäftsgrundlage weggefallen ist.

Jeder und jede in Nordrhein-Westfalen ist betroffen und trägt einen Teil der Lasten. Alle Menschen sind von dieser Krise betroffen, aber die NRW-Koalition und die Landesregierung haben jeden und jede in Nordrhein-Westfalen im Blick.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Sven Wolf [SPD] – Weitere Zurufe)

Mit der Überschrift in Ihrer Beantragung der Aktuellen Stunde versuchen Sie, Herr Kutschaty, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben. Das können wir in diesen Tagen nicht brauchen. In diesen Tagen müssen wir solidarisch zusammenstehen, und wir alle müssen dafür kämpfen, diese Krise zu bewältigen. Hier

einen Keil hineinzutreiben, wie es die SPD versucht, ist dafür nicht der richtige Weg.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie haben in Ihrer Rede auch ein Konglomerat an Behauptungen aufgestellt – ich kann nur wiederholen: alles, was man als Sozialdemokrat schon einmal sagen wollte –, zum Teil sogar mit Falschbehauptungen. Damit ist den Menschen nicht geholfen.

Auch ich würde mir eine höhere Kommunalwahlbeteiligung wünschen, Herr Kutschaty. Eine Wahlbeteiligung von gut 50 % ist unbefriedigend. Aber die Behauptung, die Wahlbeteiligung würde immer weiter sinken, obwohl wir doch eine höhere Wahlbeteiligung hatten als bei der letzten Kommunalwahl,

(Zuruf von der SPD)

ist doch völliger Unsinn und streut den Menschen Sand in die Augen.

Genauso ist es falsch, ver.di dafür abzufeiern, weil sie irgendwelche Forderungen stellen,

(Zuruf)

die übrigens – ich kenne mich da ein wenig aus – in der Altenpflege längst überholt sind. Gleichwohl verhindert ver.di, dass in diesem Jahr, in einer besonderen Krisensituation, verkaufsoffene Sonntage stattfinden. Das würde dem Einzelhandel wirklich einmal helfen. Das ist doch die Realität in diesem Land und in diesen Tagen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihr Versuch, die Menschen gegeneinander auszuspielen, ist fehl am Platz. Wir müssen zusammenstehen, und wir müssen eine gemeinsame Kraftanstrengung wagen.

Das Ganze mit einer angeblich wachsenden Ungleichheit in Deutschland in Verbindung zu bringen, ist absurd. Gerade die FDP und die CDU entlasten doch auch die geringeren Einkommen. Tun Sie doch auch mal etwas dafür, die geringen Einkommen tatsächlich zu entlasten, und reden Sie nicht immer nur darüber, Herr Kutschaty!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich hoffe wirklich, dass wir uns hier darüber einig sind, dass es die Aufgabe der Landes- und der Bundespolitik ist, die Interessen, die Sorgen und die Probleme aller Menschen im Blick zu behalten. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir es schaffen müssen, wieder zu möglichst viel Normalität zu gelangen, um den Menschen eine Normalisierung ihres Lebens zu ermöglichen und ihre Arbeitsplätze dadurch zu sichern, dass den Betrieben wieder ein normaler Geschäftsbetrieb möglich ist. Dafür arbeiten diese Koalition, diese Landesregierung und unser Wirtschaftsminister.

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich konstruktiv einbringen und nicht versuchen würden, die Menschen weiter auseinanderzubringen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen spricht nun die Abgeordnete Frau Paul.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stecken nach wie vor tief in einer weltweiten Coronapandemie. Nach den aktuellen Zahlen hatten wir in dieser Woche bundesweit über 2.000 neue Fälle pro Tag. Wir verzeichnen damit bei den Infektionen einen neuen Höchststand seit April.

(Helmut Seifen [AfD]: Schwachsinn!)

Darum ist es richtig, dass sich das Parlament weiterhin mit den vielfältigen Folgen der Krise auseinandersetzt.

Gleichwohl gilt es zu konstatieren, dass die beiden Anträge, die diesen Aktuellen Stunden zugrunde liegen, keine neuen Dinge auf den Tisch gebracht haben. Es handelt sich um altbekannte Erkenntnisse, die jedoch nach wie vor aktuell sind. Das spannt vielleicht auch ein Stück weit das Feld auf, warum es so wichtig ist, darüber zu sprechen. Es ist gut, dass wir uns noch einmal die Unterschiedlichkeit der Auswirkungen der Krise vor Augen führen.

Herr Kollege Bombis, es ist eben nicht so, dass diese Landesregierung alle gleichermaßen im Blick hat, denn diese Krise hat auch nicht alle gleichermaßen getroffen.

Viel zu lange hat diese Landesregierung nach dem Motto gehandelt: Frauen und Kinder zuletzt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Viel zu lange hat es blinde Flecken im öffentlichen Krisenmanagement gegeben.

Ganz ehrlich gesagt gefallen Sie sich auch viel zu häufig in der Rolle des Mahners. Es wird gesagt „Die Kommunen hätten“ und „Der Bund sollte“. Man gewinnt manchmal den Eindruck, Sie wären ein Krisenmanager mit beschränkter Haftung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Konsequenz ist, dass Sie Familien, Träger und Kommunen mit dieser halbherzigen Politik im Regen stehen lassen.

Zur Frage der Retraditionalisierung, auf die leider nur am Rande dieser Debatte eingegangen wurde. Wir haben bereits vor der Sommerpause einen Antrag zu

diesem Thema eingebracht und auf die Gefahren hingewiesen, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für soziale Gerechtigkeit bestehen. Damals wurde von CDU und FDP noch gesagt: Alles nicht nötig, alles nicht so schlimm. – Es stellt sich aber doch die Frage, was seitdem passiert ist. Ich konstatiere: Mehr als Applaus – und auch der ist mittlerweile verklungen – ist schlicht nicht passiert.

Die Krise hat die gesellschaftlichen Ungleichheiten nicht nur verschärft, sie hat auch wie unter einem Brennglas deutlich gemacht, dass es an der Zeit ist, das Problem nicht nur zu bewundern; das ist mir in dieser Debatte leider schon wieder viel zu viel der Fall gewesen.

Vielmehr müssen wir jetzt handeln, um die soziale Infrastruktur in diesem Land auch endlich krisenfest zu gestalten,

(Beifall von den GRÜNEN)

um vor allem die Situation zu überwinden, dass die Krise in der sozialen Infrastruktur leider der Normalzustand ist.

Diejenigen, die die Unterstützung in der Akutzeit am dringendsten gebraucht hätten – da komme ich auf die Frage zurück, ob bei der Krisenbewältigung alle gleichermaßen im Blick gewesen sind –, haben sie am wenigsten bekommen. Das darf uns nicht noch einmal passieren.

Das betrifft die Menschen im Sozialleistungsbezug, die nämlich zu einem großen Teil ohne weitere Unterstützung geblieben sind.

Das betrifft die alten Menschen in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, die zu lange isoliert waren.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das betrifft nicht zuletzt Kinder und Jugendliche, die quasi in ihren Zimmern verschwunden sind und damit auf einmal aus den Augen und aus dem politischen Sinn gerade dieser Landesregierung waren.

Wir müssen unsere soziale Infrastruktur stärken, denn gerade die Kleinen und die Schwachen müssen doch im Mittelpunkt einer Krise stehen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Löttgen, weil Sie gerade schon gelacht haben: Es sind doch nicht die Möbelhäuser und die Bundesliga der Männer, die im Mittelpunkt stehen müssen. Es hätten von Anfang an die Familien sein müssen, die Kinder, die Frauen und diejenigen, die den Laden am Laufen halten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es ist aber nicht nur ein gesellschaftlicher, sondern auch ein wirtschaftlicher Aspekt. Auch hier müssen

wir leider feststellen, dass es insbesondere die Kleinen sind, die es in dieser Krise besonders trifft.

Da reicht es nicht, Kollege Schmitz, Kollege Bombis, sich auch weiterhin dafür zu beweihräuchern, welche Soforthilfemaßnahmen man geleistet hat, denn die Zahlen sind nach wie vor dramatisch; das muss man zur Kenntnis nehmen.

Trotz der gegebenen Hilfen geben 66 % der Betriebe in der Gastronomie an, derzeit um ihr Überleben zu kämpfen: milliardenschwere Umsatzeinbußen und darüber hinaus auch weiterhin Beschäftigtenrückgänge, die nur durch Kurzarbeitergeld, durch die Streckung von Insolvenzanzeigepflichten verzerrt werden.

Das heißt, die Situation kann sich dramatisch verschlechtern. Das bedeutet, es geht hier um Arbeitsplätze und darum, sehr schnell zu handeln.

Es geht aber auch – das ist vielleicht auch ein wichtiger Aspekt – um einen Teil unseres kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Wenn der wegbricht, ist das schlecht für uns alle.

Die regierungstragenden Fraktionen müssen schon einen ganz besonderen Humor haben, die Aktuelle Stunde mit dieser Begründung zu beantragen. Sie verweisen ernsthaft darauf, dass die Temperaturen jetzt geringer werden, weshalb Eile geboten sei.

Wir leben in einer außergewöhnlichen Zeit und in einer außergewöhnlichen Situation, aber auch in dieser Pandemie bleibt eines gewiss: Auf den Sommer folgt der Herbst, und auf den Herbst folgt der Winter. Das ist auch in diesem Jahr so.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Günther Bergmann [CDU] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist weder eine neue Erkenntnis, noch begründet es die Aktualität dieser Aktuellen Stunde. Es zeigt aber ein deutliches Problem dieser Landesregierung: Mit Ihrem Krisenmanagement arbeiten Sie immer von der Hand in den Mund. Sie hätten schon längst mit der Konzeptentwicklung weiter sein sollen, und nicht erst dann die große Aktualität begründen, wenn der Herbst sich klimatisch nicht mehr leugnen lässt. Das ist doch auch Teil der Wahrheit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Antrag suggeriert auch – ich hoffe, dass das so nicht der Fall ist –, Sie hätten jetzt angefangen, mit der DEHOGA zu sprechen. Ich unterstelle, dass das nicht der Fall ist, aber dann stellt sich auch wieder die Frage der großen Aktualität, die Sie in Ihrem Antrag dargestellt haben.

Es wurde mehrfach gesagt – auch von den Kollegen Schmitz und Bombis –, es sei jetzt nicht mehr Zeit für Sonntagsreden, sondern Zeit zum Handeln. – Dann tun Sie das doch auch.

(Zuruf von der CDU)

Dann kommen Sie doch bitte endlich auch ans Handeln. Ermöglichen Sie technische Lösungen. Fördern Sie sie jetzt, und machen Sie sich gemeinsam mit der notleidenden Gastronomie auf den Weg, Lösungen zu finden.

Die Ausweitung der Außengastronomie war für die warme Jahreszeit sicherlich hilfreich. Ich finde, dass sie in unseren Städten auch ein großer Zugewinn an Lebensqualität gewesen ist – das können wir ruhig beibehalten –, aber natürlich ist das keine Lösung für die Wintermonate.

Ich will deutlich sagen, dass es natürlich nicht nur um technische Lösungen, sondern auch darum gehen muss, existenzsichernde Hilfen in die Branche zu bringen.

Seit Monaten betteln Gastronomie, Schausteller und die Kulturschaffenden um Gehör und Unterstützung, doch sie finden an dieser Stelle zu wenig Gehör. Auch dafür muss es Lösungen geben.

Herr Professor Pinkwart, sehr geehrte Damen und Herren von Schwarz-Gelb, Sie müssen diesen Branchen helfen, denn damit drohen jetzt ganz wichtige Teile unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens wegzubrechen.

Es geht um technische Unterstützung bei Luftfiltersystemen, aber auch darum, wie über diesen Bereich hinaus mit konkreten Finanzhilfen abgesichert werden kann, was das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ausmacht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD Fraktion hat nun Herr Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Folgen von SARS-COVID-2 werden uns noch lange beschäftigen.

Heute sprechen wir in einer Aktuellen Stunde darüber. Ich kann Ihnen aber jetzt schon prognostizieren, dass es eher eine Daueraktualität haben wird, denn die wirtschaftlichen Schäden – Folgen nicht etwa der Erkrankungen bei uns hier in Deutschland, sondern der Reaktionen aus der Politik – haben unser Land in eine Rezession geschickt, die wirklich ihresgleichen sucht.

Der französische Präsident Macron sprach seinerzeit von einem „guerre sanitaire“, einem sanitären Krieg, auf den die Europäische Union mit sogenannten Wiederaufbaufonds reagierte. Allein diese Bildsprache signalisiert, wie gewaltig die in den Haushalten

geschaffenen Löcher sind, wie brachial die Reaktionen ausfielen.

Ich möchte die Frage offen in den Raum stellen: Wurde tatsächlich richtig abgewogen?

Dabei denke ich an die Schwere der Freiheitseinschränkungen, die wir erlebt haben und die in einer Demokratie wirklich einmalig sind. Wir erinnern uns, dass man zeitweise nicht einmal mehr von den Verstorbenen Abschied nehmen oder die Angehörigen im Altenheim besuchen durfte.

Ich denke an die Folgen für unsere Mitmenschen, die wir alle sehen konnten: Depressionen, Existenzängste, häusliche Gewalt, Angst um Leib und Leben.

Ich denke an die Schäden für die Wirtschaft, die noch nicht einmal mehr überschaubar sind, aber in einer Höhe rangieren, dass nun voraussichtlich eine ganze Generation bezahlen muss. Ökonom Raffelhüschen spricht beispielsweise davon, dass jede Familie ein ganzes Jahresgehalt verloren hat.

Bei der Betrachtung der Verstorbenen in Italien bis Mitte März konnte man schon damals sehen, dass das neue Coronavirus keine so hohe Mortalität aufwies, wie man zwischenzeitlich annahm, es vor allem für hochbetagte und mehrfach vorerkrankte Personen eine echte Bedrohung darstellte und die wirklich schlimmen Szenen, die aus Norditalien zu uns kamen, eher eine Folge der desaströsen Infrastruktur eines maroden Gesundheitssystems und politischer Fehlentscheidungen waren.

Das war also noch zu einem Zeitpunkt, bevor das öffentliche Leben und erhebliche Teile der Wirtschaft in Deutschland quasi heruntergefahren wurden. Anscheinend ließ man sich dennoch von den Bildern treiben.

Dabei kam Professor Streeck aus nordrhein-westfälischer Perspektive früh zu einer ähnlichen Betrachtung. Er stellte fest, dass die Todeszahlen – Zitat – ganz bestimmt, aber nicht um solch apokalyptisch hohe Zahlen, wie sie zum Teil in Umlauf sind, ansteigen würden.

Weiter sagte er: Natürlich werden noch Menschen sterben, aber ich lehne mich mal so weit aus dem Fenster und sage: Es könnte durchaus sein, dass wir im Jahr 2020 zusammengerechnet nicht mehr Todesfälle haben werden als in jedem anderen Jahr.

Heute wissen wir, dass wir durch die durchgeführten Maßnahmen als Gesamtgesellschaft ca. einen Tag an Lebenserwartung gerettet haben.

Gleichzeitig wurden aber Menschen im Altersheim isoliert.

Es wurden Tausende Vorsorgeuntersuchungen und Operationen verschoben.

Gesunkene Zahlen bei Herzinfarkten und Schlaganfällen legen nahe, dass sich viele Menschen nicht

einmal mehr ins Krankenhaus trauten, um sich behandeln zu lassen.

Ganze Branchen stehen vor dem Aus.

All das hat uns am Ende wohl weit mehr gekostet, als wir gerettet haben.

Suizide werden beispielsweise maßgeblich durch Einsamkeit, Existenzverlust, Arbeitslosigkeit und Insolvenz beeinflusst. All das sind Seiteneffekte eines Lockdowns.

Wenn nun durch diesen Lockdown über zehn Jahre die Suizide nur um 10 % ansteigen, haben allein die zusätzlichen Suizide eine ähnliche Auswirkung auf die Lebenserwartung wie COVID-19 bei uns in Deutschland.

Die Folgen, die der Antrag der SPD beschreibt – ich lasse dabei diesen recht abstoßenden Sexismus außen vor, den Sie im Antragstext vornehmen, indem Sie diese alten Rollenbilder und Denkmuster perpetuieren, wie Sie es dort tun –, waren doch absehbar.

Dass besonders vulnerable Gruppen unter den Einschränkungen zu leiden haben werden, war doch absehbar.

Dass insbesondere Geringqualifizierte leiden werden, war doch absehbar.

Wenn ich mit einer Familie in einer kleinen Wohnung im vierten Stock wohne – ohne Garten, ohne weiteren Zugang zu irgendwelchen öffentlichen Räumen –, habe ich eben wenig Raum für Social Distancing, auch voneinander.

Wer ohnehin schon auf jeden Euro schauen muss, den trifft das Kurzarbeitergeld doch besonders heftig.

Das sind aber eben keine Folgen einer Pandemie hier in Deutschland, sondern der Reaktionen der Politik auf das Coronavirus. Das haben Sie gewusst. Insbesondere Sie, liebe SPD, haben dies an vielen Stellen befeuert und besonders mitgetragen.

Die zentrale Frage, die sich heute aufdrängt, bleibt: Warum?

Noch Ende Januar, als die WHO eine gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite ausrief, teilte Bundesgesundheitsminister Spahn mit – ich zitiere –:

„Wir wissen bisher, dass die Erkrankung häufig milde verläuft. Einige Patienten erkranken schwer, aber auch von den schwer Erkrankten sterben sehr wenige. Für ältere Menschen, die bereits gebrechlich und krank sind, besteht ein größeres Risiko. Deshalb müssen wir auch in Deutschland mit Sterbefällen rechnen.“

Man sei aber gut vorbereitet, hieß es, und es gebe keinen Grund für übertriebene Sorge. Auch das Tragen eines Mundschutzes hielt man damals für – Zitat –

nicht notwendig, weil das Virus gar nicht über die Atemwege übertragbar ist.

Wie man damals zu der Einschätzung kam, dass eine Infektion der oberen Atemwege nicht durch Aerosole, Auswurf oder Atem übertragbar ist, erschließt sich mir als Arzt nicht unbedingt, und ich frage mich tatsächlich, warum man sich diesbezüglich nicht schnellstens Informationen eingeholt hat.

Weiter heißt es: In etlichen Zeitungsartikeln kamen namhafte Virologen wie Drosten, Kekulé etc. zu Wort, die zur Mäßigung aufriefen. Die „FAZ“ schrieb seinerzeit, dass es sich bei Corona um eine Art Grippe mit ähnlichen Todesraten handele.

So blieb auch die Reaktion Deutschlands zur Eindämmung von SARS-COVID-2 halbherzig: Skiresorts blieben offen, Karnevals- und Sportveranstaltungen fanden statt, Reiserückkehrer wurden nicht kontrolliert, Grenzen blieben geöffnet.

Kein einziger Arbeitsplatz geht wegen Corona verloren, hieß es damals von Bundeswirtschaftsminister Altmaier bei „hart aber fair“ – ein Zitat, das einem heute wirklich nur noch im Halse stecken bleiben kann.

Zu Reaktion und Materialbeschaffung wurde Zeit verschwendet – vielleicht eine Reaktion auf 2009, wo man nach einer Grippewelle, die sich niemals so in Deutschland ausgetobt hat, wie man es annahm, auf Bergen von Impfstoffen sitzen blieb.

Noch am 2. März hieß es in einer Pressekonferenz im Bundesministerium für Gesundheit, dass das Risiko für die Bevölkerung aktuell als mäßig eingeschätzt werde. Das Risiko für die Gesellschaft sei gestiegen, die Gefahr für den Einzelnen sei aber weiterhin nicht sonderlich groß, erläuterte damals Professor Drosten.

Doch dann kamen die Bilder aus Italien und Spanien und damit die Wende. Das waren keine handfesten Zahlen, Daten, Fakten, sondern Bilder und die Panik, die man damit vielleicht bekam: Man wollte für solche Bilder auch in Deutschland nicht verantwortlich sein.

Am 10. März wurden Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Besuchern gegen heftige Widerstände gecancelt – ein lange überfälliger Schritt.

Am 11. März ruderte Spahn ein wenig zurück und sagte, ein Mundschutz schütze nur sehr wenig, sei aber nicht nötig, wenn man nicht selber krank sei.

Am 13. März folgten Schließungen von Schulen und Kitas.

Noch am 14. März verkündete man über die Twitterkanäle der Regierung, dass es sich bei „vermeintlich könnten drohende Einschränkungen des öffentlichen Lebens erfolgen“ um Fake News handele.

Am 16. März passierte genau das. Bundeskanzlerin Merkel und die Regierungschefs der Bundesländer

beschlossen Leitlinien für weitgehende Einschränkungen des öffentlichen Lebens – eine Krisenkommunikation, die einen wirklich nur noch den Kopf schütteln lässt.

Am 22. März erließen dann Länder Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen.

Am 15. April kam Virologe Kekulé im „ZDF-Morgenmagazin“ zu Wort und sagte, dass uns Atemschutzmasken vielleicht damals schon vor diesen massiven Einschränkungen geschützt und den Lockdown möglicherweise verhindert hätten.

So wurde „alles unter Kontrolle“ und „nur eine Grippe“ zu „alle müssen zu Hause bleiben“ und „wir schließen Geschäfte, damit nicht Abertausende sterben werden“.

Dabei kamen schon früh kritische Stimmen von verschiedenen Seiten, die aber kein Gehör fanden – im Gegenteil: Man schob sie in eine Ecke mit Verschwörungstheoretikern und Aluhutträgern.

Jetzt muss ich Sie, nachdem wirklich namhafte Menschen wie Dr. Wodarg – ehemals MdB der SPD und wirklich kein Mensch, der nicht mit dem Thema beschäftigt ist –, Dr. Bhakdi und wirklich zahlreiche Mediziner, die schon früh von einem anderen Herangehen gesprochen haben, fragen:

Haben wir unter Umständen mit dem, was hier beschlossen wurde, mit den Annahmen, die hier getroffen wurden, dem Patienten mehr geschadet, als wir ihm geholfen haben? – Es ist das 2.400 Jahre alte hippokratische Prinzip, dass man dem Kranken nützen, ihm aber nicht schaden soll. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht Minister Professor Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)}, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hat noch einmal gezeigt, dass wir in schwierigen Zeiten sind, die die Politik und uns alle in ganz besonderer Weise herausfordern.

Deutschland, Europa und die Welt mussten und müssen auf die Pandemie verantwortungsvoll reagieren. Die Gesundheit der Menschen in den Vordergrund stellend müssen sie versuchen, dass die Volkswirtschaft und die Menschen trotz dieser Krise eine gute Zukunft finden.

Genau das haben wir in Nordrhein-Westfalen mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung, mit den Koalitionsfraktionen und gerade in dem Moment, in dem die Hilfe am dringendsten nötig war, mit der Breite dieses Hauses unter Beweis gestellt. Auf

dieser Grundlage arbeiten wir seit Monaten, wie ich meine, sehr erfolgreich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das können wir auch an den volkswirtschaftlichen Gesamtdaten ablesen, ohne jetzt schon eine Schlussbilanz ziehen zu wollen; das wäre sicherlich verfrüht: Mit Blick auf die Entwicklung der Volkswirtschaft und des Arbeitsmarkts in Deutschland insgesamt und in den Bundesländern sieht es nach allem, was bisher von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten vorliegt, so aus, dass Nordrhein-Westfalen in dieser schwierigen Situation bislang in allen wesentlichen Indikatoren etwas besser weggekommen ist als Deutschland insgesamt.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Ganz offensichtlich haben also die Menschen, die Unternehmen, aber auch die Politik in diesem Land ihre Verantwortung während dieser Krise vernünftig wahrgenommen.

(Beifall von Ralph Bombis [FDP] und Petra Vogt [CDU])

Wir haben sehr schnell ein Maßnahmenpaket vorgelegt, um in allen Bereichen dafür Sorge zu tragen, dass das Land arbeitsfähig bleibt und die Menschen ihre Einkommen gesichert bekommen.

Wir waren die Ersten, die das Kurzarbeitergeld vorgeschlagen und mitgeholfen haben, dass es auch schnell wirksam werden konnte.

Wir haben – das wird Frau Scharrenbach später darstellen – einen Rettungsschirm für die Kommunen aufgelegt und vieles mehr.

(Zuruf)

– Das müssen Sie erst mal in den anderen Bundesländern zeigen.

Wir haben ganz schnell gerade jenen geholfen – das war der Wunsch der Fraktionen, auch der Oppositionsfraktionen –, denen wir aus der Not der Pandemie heraus ihre Geschäftstätigkeit entziehen mussten.

Wir haben die Soforthilfe mit Bundes- und Landesmitteln in wenigen Tagen auf den Weg gebracht und konnten hier schon innerhalb von zehn Tagen über 320.000 selbstständigen Mittelständlern dabei helfen, ihre Existenz zu sichern.

Folgendes will ich auch noch mal sagen, Herr Kutschaty: Über die Frage, ob wir nicht auch die Lebenshaltungskosten der Freelancer, der Solo-Selbstständigen abdecken dürfen, haben wir lange mit Berlin verhandelt,

(Kopfnicken von Thomas Kutschaty [SPD])

auch mit Ihrem Bundesfinanzminister, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Dann haben wir es aus eigener Kraft gemacht.

(Beifall von Ralph Bombis [FDP], Dietmar Brockes [FDP] und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Die Überbrückungshilfe haben wir erneut so aufgelegt. Hier also handelt die Politik und sucht den sozialen Ausgleich.

Ich will noch einige Gedanken zum Thema „Arm und Reich“ ansprechen: Die Frage ist, wie sich das durch die Krise verstärken wird und wie es vor der Krise war.

Aus der Zeit vor der Pandemie kennen wir viele Studien zum Beispiel diejenige des IW aus dem Jahr 2019, die deutlich macht, dass die Vermögensverteilung in Deutschland seit 2005 sehr stabil geblieben ist. Der Gini-Koeffizient liegt bei 0,920; er hat sich nicht verändert.

Gleichzeitig sind viele Hunderttausende aus den unteren Einkommensschichten in berufliche Tätigkeit gekommen und haben für sich und ihre Familien den Aufstieg ermöglichen können.

Die Arbeitslosigkeit ist gerade auch in Nordrhein-Westfalen zurückgeführt worden. In den drei Jahren vor der Pandemie haben wir kräftig aufholen können, auch im Vergleich zum Bundesdurchschnitt.

Das ist doch die entscheidende Frage: Schafft die Politik die Voraussetzungen dafür, dass die Menschen aus eigener Kraft ihre Erwerbseinkommen erzielen können? Die Voraussetzungen dafür sind: Bildung, Bildung, Bildung und faire Chancen am Arbeitsmarkt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Genau das haben wir in Nordrhein-Westfalen aufgearbeitet; hier war viel zu tun. Wir haben die Schwerpunkte im Haushalt so gesetzt, dass diese Themen wieder in den Vordergrund rücken konnten.

Auch im Zuge der Pandemie galten wir als diejenigen in Deutschland, die im Ringen darum, Spielräume für die Menschen zu schaffen, wo immer es verantwortlich ist, weit vorne standen. Dafür sind die Landesregierung und der Ministerpräsident nicht selten kritisiert worden.

Ich empfinde das vor dem Hintergrund der heutigen Debatte nicht als Kritik, sondern als Anerkennung für das, was wir tun.

Wir wollen, dass die Kinder wieder in die Kita gehen können. Wir wollen, dass sie wieder in den Schulunterricht gehen können. Wir wollen, dass dort die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass das gelingen kann.

Daran haben wir die letzten Monate gearbeitet, und wir garantieren, dass die Schulen und die Kitas in

diesem Land wegen der Pandemie nicht mehr geschlossen werden müssen.

(Beifall von der FDP und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Das ist die zentrale Botschaft für die Familien. Das ist, Frau Paul, auch die zentrale Botschaft für die Frauen. Das ist die zentrale Botschaft für die Väter, die Kinder zu Hause haben und sehen wollen, dass Beruf und Familie sich in Einklang bringen lassen. Daran, dass das funktioniert, müssen wir arbeiten. Das ist der Schwerpunkt unseres Handelns.

Außerdem müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir es noch mehr Unternehmen und Beschäftigten – Schausteller, Messsegewerbe, Reisebüros, Hotel- und Gaststättengewerbe und viele mehr – , die ja arbeiten wollen, im Einklang mit dem Gesundheitsschutz ermöglichen können, wieder in Arbeit zu kommen bzw. ihre Arbeit auszuweiten.

Wir begrüßen die Aktuelle Stunde, die von den Koalitionsfraktionen angeregt worden ist. Wir müssen uns auch über neue Techniken austauschen.

Wir freuen uns, dass die Grünen trotz der klimapolitischen Bedenken den Heizpilzen zugestimmt haben, damit jetzt noch ein bisschen Außengastronomie gepflegt werden kann.

Wir wollen aber darüber hinaus, dass die Gaststätten so ausgestattet werden, dass sie mit der Pandemie im Herbst, im Winter und in den Monaten des neuen Jahres im Interesse ihrer Beschäftigten und der Bevölkerung hoffentlich vernünftig umgehen können. Wir arbeiten mit allen Beteiligten daran, dass das gelingen kann.

Nordrhein-Westfalen geht in Deutschland voran. Wir sind führend und nicht die anderen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dazu gehört auch – und das will ich im Namen von Karl-Josef Laumann festhalten –, dass wir massive Anstrengungen unternommen haben, um aus dem von Ihnen genehmigten Sondervermögen des Landes in Schnelltests und neue Technologien zu investieren, die es uns erlauben, die gesundheitlichen Prüfungen schneller durchzuführen, die Gesundheitsämter besser vernetzen und digitale Instrumente nutzbar machen zu können, damit sich die Professionalität im Umgang mit der Pandemie verstärkt.

Die Pandemie wird uns noch lange begleiten. Selbst wenn es im nächsten Jahr einen Impfstoff geben sollte, wird sie sich nicht so schnell verabschieden, wie wir uns das wünschen.

Umso wichtiger ist es, dass wir noch besser auf sie vorbereitet sind. Darauf sind unsere Maßnahmen ausgerichtet. Das alleine schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Betriebe und die Beschäftigten wieder eine gute Zukunft gewinnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Kapteinat.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie gut, aber vor allen Dingen wie richtig und wichtig die Rede von Thomas Kutschaty war, ist auch mir erst in dem Moment bewusst geworden, als ich die Reaktionen von Herrn Schmitz und Herrn Bombis erleben durfte.

(Beifall von der SPD)

Insbesondere der Kollege Schmitz, der mit CDU und FDP eine eigene Aktuelle Stunde angemeldet hat, hat nicht einen einzigen Satz zu seiner eigenen Aktuellen Stunde verloren, geschweige denn irgendwelche Vorschläge gemacht, die unsere Situation verbessern können. Chapeau!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es geht aber noch weiter, denn wenn Sie über Satz 1 unserer Beantragung der Aktuellen Stunde hinaus gelesen hätten, hätten Sie den Hinweis auf den Artikel in der „FAZ“ sowie auf die Studie vom Goethe-Institut aus Frankfurt gesehen und vor allen Dingen erkannt, dass das nicht neu ist, dass sich das nicht in erster Linie mit Amerika beschäftigt, sondern dass es hier um deutsche Probleme geht, die wir natürlich bundesweit, aber insbesondere in Nordrhein-Westfalen haben.

Mir ist wirklich schleierhaft, wie Sie auf die Idee kommen, dass es sinnvoll sein könnte, Probleme, Sorgen und Missstände zu negieren und sie nicht anzusprechen. Wie man da von Panikmache oder von Schlechttreden sprechen kann, ist mir wirklich schleierhaft.

(Zuruf von der SPD)

Es gibt ein Zitat, das ich in den letzten Wochen und Monaten oft gehört habe und das mir vorher tatsächlich unbekannt war. Winston Churchill hat gesagt: Lasst keine Krise ungenutzt verstreichen.

Ich glaube, das müssen wir uns in Deutschland nicht vorwerfen. Wir haben alle, auch hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen, extrem viel gemacht. Wir haben gezeigt, wie handlungsfähig unser Parlament ist und wie bereit wir alle sind, auch gemeinsam, auch als Opposition, Dinge zu tragen, zu verabschieden, auf den Weg zu bringen und zu begleiten.

Das sind richtig gute Maßnahmen. Dazu gehören das Kurzarbeitergeld von Hubertus Heil, die Soforthilfe, die Bereitstellung von Milliarden innerhalb von kürzester Zeit – auch hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Deutschland ist in vielen Punkten gut durch die Krise gekommen.

Wir haben die Verlängerung der Kinderkrankentage für Eltern auf den Weg gebracht; ich nenne das als Letztes, weil es auch als Letztes passiert ist.

Wir alle haben uns nämlich in erster Linie und zuerst um die Wirtschaft, um Arbeitsplätze gekümmert und erst viel zu spät den Blick darauf gerichtet, was mit den Familien ist, was mit den Kindern und insbesondere mit den Frauen ist, die diese Situation auffangen mussten.

Ich habe den Antrag von CDU und FDP von der ersten bis zur letzten Zeile gelesen: Sie greifen mit Ihrem Antrag ein richtiges Thema auf.

Gestern Abend konnte ich noch ein bisschen draußen sitzen. Im Moment kommen wir noch ohne Heizpilze oder Ähnliches aus. Wir müssen uns aber natürlich überlegen, was es für die Gastronomie und die gesamte Veranstaltungswirtschaft bedeutet, wenn es jetzt kälter wird und es nicht mehr so einfach ist, sich lange draußen aufzuhalten.

Sorgen macht mir aber, dass Sie von einer Rückkehr in eine verantwortungsvolle Normalität sprechen. Das ist nicht das, was wir wollen. Daher ist es vielleicht auch gut, dass wir diese beiden Aktuellen Stunden nebeneinanderliegen haben.

Wir wollen den sozialen Neustart. Ich habe mit Pflegekräften gesprochen, insbesondere mit Pflegerinnen, die berichtet haben, dass die Zeit des Coronalockdowns, in der man versucht hat, die Krankenhäuser freizuhalten, und elektive OPs verschoben hat, toll für sie waren.

Sie hatten natürlich Sorge, was mit Corona auf uns zukommt, und die Sache mit der Schutzkleidung und den Atemmasken war problematisch, aber sie hatten Zeit, sich um die Patientinnen und Patienten so zu kümmern, wie es ihnen gerecht wird. Sie hatten das Gefühl, wirklich pflegen zu können und nicht nur zu verwalten. Das ist doch ein erstrebenswertes Ziel. Das sollte es für uns alle sein.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen hat die Leopoldina bereits im April deutlich gemacht: Alle Maßnahmen, die im Zuge von Corona getroffen werden, müssen sich an Gerechtigkeit und Solidarität ausrichten. Dabei muss man feststellen, dass die Leopoldina keine linke Vorfeldorganisation ist.

Es läuft aber etwas falsch in unserem ganzen Land und natürlich auch in Nordrhein-Westfalen, wenn mühsame Schritte der Gleichberechtigung, die über Jahre und Jahrzehnte hinweg erreicht worden sind, in wenigen Monaten Corona zunichtegemacht werden, wenn die Frauen ihre Arbeitszeiten reduzieren, wenn die Frauen, die vorher schon unglaublich viel

geleistet haben, jetzt im wahrsten Sinne des Wortes am Stock gehen, weil sie es nicht mehr aushalten.

Es ist natürlich ein Zeichen, wenn die Öffnung von Biergärten vor der Öffnung von Kindergärten diskutiert und beschlossen wird. Frauen sind leider die wahren Verliererinnen der Krise. Dagegen wird es auch keinen Impfstoff geben, auf den wir warten können.

Das Schöne ist aber, dass wir das heilen können. Wir können Maßnahmen treffen, die dem entgegenwirken, und bei unserer zukünftigen politischen Ausrichtung Wert darauf legen, einen Blick darauf zu haben.

Thomas Kutschaty hat in seiner Rede eben vier wichtige Punkte genannt.

Erstens. Uns allen muss jetzt klar sein: Wir dürfen einen Mindestlohn von unter 12 Euro nicht mehr hinnehmen. 12 Euro müssen die absolute Untergrenze sein.

Zweitens. Wir brauchen allgemein verbindliche Tarifverträge ohne ein Vetorecht der Arbeitgeber.

Drittens. Wir brauchen massive Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbau zur Senkung der Mieten.

Viertens. Ich weiß, dass sich FDP darüber besonders freut: Wir brauchen eine Steuer- und Abgabenreform zur Entlastung der Geringverdiener und der echten Leistungsträger in unserer Gesellschaft.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sagen Sie das mal Herrn Scholz!)

Ich halte die Aktuelle Stunde von CDU und FDP für richtig und wichtig. Ich finde es aber wirklich schade, dass bisher nicht ein einziger konkreter Vorschlag gekommen ist, wie man dieser Situation abhelfen möchte. Vielleicht kommt von Herrn Kehrl gleich noch etwas.

Gleichzeitig finde ich es gut, dass deutlich geworden ist: Die SPD möchte der Gesellschaft helfen. Wir möchten die Gesellschaft und den Zusammenhalt stärken und das nicht nur an der Wirtschaft ausrichten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kapteinat. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Kehrl.

Oliver Kehrl (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„En d'r Weetschaff op d'r Eck ston die Männer an d'r Thek. Die Fraulückcher setze beim Schwätzje zesamme, es dat vorbei?“

Sie haben es erkannt: Einer der berühmtesten Bläck-Fööss-Titel „En unserem Veedel“, dessen Refrain

sicher alle schon einmal mitgesungen haben, beschreibt das Lebensgefühl der Menschen. Sie suchen und fanden dieses Gefühl in der Weetschaff op d'r Eck und in der Gastronomie als Ganzes.

Das geht über Essen und Trinken weit hinaus. Es sind unser aller soziale Kontakte, Zusammenleben und Zusammensein. Es sind für die Bürger in Nordrhein-Westfalen und gerade in Köln unverzichtbare Strukturen, wie unser Antrag es so schön beschreibt. Gastronomie ist für sehr viele Menschen bei uns systemrelevant. Es dat vorbei?

Die aktuelle Coronapandemie belastet zahlreiche Wirtschaftszweige. Zu den am stärksten betroffenen Branchen zählen Gastronomie, Hotellerie, die Veranstaltungsbranche. Es sind wichtige Wirtschaftszweige für unser Land, Arbeitgeber für viele Menschen bei uns in Nordrhein-Westfalen, gerade auch in meiner Heimatstadt Köln. Bereits im letzten Plenum habe ich deutlich gemacht, wie wichtig gerade diese Branchen für unsere Innenstädte und Stadtteile sind. Sie machen die Zentren und Viertel attraktiv und sorgen für volle Straßen und Plätze bei uns.

In Nordrhein-Westfalen und besonders für uns in Köln bedeutet Gastronomie eine Lebenskultur. Sie bedeutet aber auch Stadtentwicklung, denn viele junge Leute und auch Firmen kommen gerade wegen der lebendigen Gastronomieszene nach Köln. Als Messestadt und Magnet für Touristen ist eine starke Gastronomie ebenfalls von zentraler Bedeutung, sei es in Köln und auch in ganz Nordrhein-Westfalen.

Die Menschen bei uns möchten gerne wieder rausgehen. Das erfahre ich in Gesprächen in diesen Tagen immer wieder. Sie möchten sich mit Freunden treffen, gutes Essen genießen und feiern. Doch viele haben Angst, sich in ein Restaurant zu setzen oder eine Veranstaltung in einer Halle zu besuchen. Gerade in geschlossenen Räumen fühlen sich Menschen zurzeit unwohl und meiden sie deshalb. Das ist eines der größten Probleme für die Gastronomie, Hotellerie und Veranstaltungsbranche, betrifft aber ebenso den stationären Einzelhandel oder auch Sportveranstaltungen.

Dies erfahren wir aus vielen persönlichen Gesprächen mit unserem Arbeitskreis, mit dem DEHOGA, mit der Veranstaltungsbranche, mit den Hotelverbänden in Köln, mit der IG Gastro und ganz vielen einzelnen Betreibern und Unternehmen in diesen Branchen.

Hieran hängen Zehntausende Existenzen, angefangen beim Wirt über die Köche, Kellner, Caterer bis hin zu den Licht- und Tontechnikern sowie den Künstlern. Und die Situation – da sind wir uns, denke ich, alle einig – wird sich in den kommenden Herbst- und Wintermonaten absehbar verschärfen. Ob die Kölsch-Brauhäuser, das „Höninger“ oder „Quetsch“, es sind Lokale mitten in Köln, die aufgrund ihres

hohen Innenraumanteils dramatische Umsatzeinbußen erlitten haben.

Nutzen viele Menschen jetzt die Möglichkeit, einen Platz auf der Terrasse zu reservieren oder eine Veranstaltung im Freien zu besuchen, so wird das in den kommenden Monaten nur noch eingeschränkt möglich sein und damit die Branchen weiter schwächen. Deshalb ist das Projekt des TÜV Rheinland und des DEHOGA Nordrhein zur Qualitätssicherung für zusätzliche Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen ein wichtiges Signal, um den Menschen mehr subjektive Sicherheit zu geben und um neue Konzepte zu testen.

Ich finde die freiwillige Hygienezertifizierung sehr gut, mit der sich Gastronomen vom TÜV einer scharfen Kontrolle unterziehen, wie bei uns in der Altstadt „Em Krützche“ oder „Peters Brauhaus“. Mit dem DEHOGA und den betroffenen Gastwirten in Köln haben wir uns regelmäßig zu diesem Projekt ausgetauscht und sind glücklich, dass es nun umgesetzt wurde.

In den vergangenen Wochen habe ich sehr viele Gespräche mit Gastronomen, Wissenschaftlern, Professoren und Unternehmen geführt. Was können wir tun? Filteranlagen, Reinigung der Luft. Dabei hat mich sehr beeindruckt, mit welcher Innovationskraft unser Land auf diese Situation reagiert. Der Heizpilz, der für die Gastronomie durchaus hilfreich sein kann und über den gerade viel diskutiert wird, ist dabei nur eine unter vielen, gerade technikbasierten Lösungen.

Frau Kapteinat, Sie haben gerade gefragt, ob wir auch ein paar Vorschläge bringen. Wir fangen jetzt gerade an. Ich habe unter anderem eine Firma besucht, die Überdachungslösungen für die Gastronomie entwickelt hat. Das sind wirklich innovative Ideen. Die Gastronomen brauchen hierbei auch unsere Unterstützung. Wir Politiker müssen diese neuen Ideen begleiten und fördern.

Bei dem konkreten Beispiel der Überdachungen müssen wir schauen, wie wir sie in den Bestimmungen für fliegende Bauten in den Kommunen unbürokratisch, rechtssicher und flexibel umsetzen können,

(Beifall von der CDU und der FDP)

selbstverständlich ohne Rettungswege, Brandschutz und Barrierefreiheit aus den Augen zu verlieren. Da sehen Sie die typischen Zielkonflikte, vor denen wir stehen.

Eine spannende und vielversprechende Technik ist auch die Nutzung von UV-C-Licht zur Entkeimung von Räumen. Mit Hochleistungsgeräten, die in Leichlingen – ich gucke den Kollegen Deppe an – im Bergischen Land entwickelt und hergestellt werden, kann auf kleinstem Raum eine fast vollständige Reduzierung von Mikroorganismen erreicht werden. Diese Technik bietet viele Nutzungsmöglichkeiten für Großküchen, aber auch in Krankenhäusern, Schulen

und eben für das Restaurant und die Kneipe um die Ecke.

Ich finde, es ist ein tolles Zeichen, dass sich viele Unternehmen und Wissenschaftler gerade aus Nordrhein-Westfalen auf den Weg gemacht haben, um die betroffenen Branchen zu unterstützen und Lösungskonzepte zu entwickeln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dies sollte die Politik zum Beispiel mit Innovationschecks jetzt weitestgehend unterstützen und fördern. Deshalb ist die Einführung der Innovationsklausel in der Coronaschutzverordnung ein wichtiges Signal, das deutlich macht, wie sehr sich die Landesregierung dafür einsetzt, die betroffenen Branchen zu stärken und zu unterstützen. Es ist sehr erfreulich, wenn Firmen und Universitäten aus NRW unsere Gastronomie stützen können.

Ich selber habe mir in den letzten Wochen die derzeit modernsten Filtertechnikanlagen angesehen und sie mit Wissenschaftlern und Gastronomen besprochen. Sehr vielversprechend sind aus meiner Sicht mobile Geräte, die in Heinsberg produziert werden. Es handelt sich um sogenannte HEPA-14-Filter, die die Luft maximal von Aerosolen reinigen. Einmal am Tag werden die eingefangenen Viren dann am Gerät thermisch gereinigt und entfernt. Sinnvoll sind jetzt schnelle Praxistests, die wir in der Kölner Gastronomie mit dem DEHOGA begleiten wollen.

Alle haben mir berichtet, wie wichtig es für sie ist, schnell Lösungen zu finden, und wie viel Hoffnung sie in neue Techniken setzen. Selbstverständlich sind Filter oder UV-C-Licht kein Allheilmittel, und sie können auch keine medizinische Sicherheit versprechen. Aber für die Risikoabwägung der Menschen sind technische Innovationen und Hygienezertifikate wichtige Bausteine, um die Gastronomie bei uns in NRW und in Köln mit den vielen Kneipen, Restaurants und Brauhäusern zu stärken.

Sollten mobile oder fest in den Lüftungssystemen installierte Filteranlagen den gewünschten Erfolg erzielen, könnten davon auch Schulen, Kitas, Behörden, der stationäre Einzelhandel und Veranstaltungshallen profitieren. Das würde den Menschen hier bei uns in NRW wieder ein Stück mehr Normalität bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ansatz, jetzt mit neuen, guten Ideen voranzugehen ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Oliver Kehrl (CDU): ... und dies so weit wie möglich vonseiten des Landes zu unterstützen, ist richtig und wichtig, um diese existenzielle Krise, die die gesamte Gastronomie getroffen hat, abzufedern. Und dann es et auch lang noch net vorbei. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kehrl. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Minister Pinkwart, Sie haben gerade gesagt: „Bildung, Bildung, Bildung“, das sei der Schlüssel. Darin sind wir durchaus noch einer Meinung. Aber auch hier stellt sich wieder die Frage, wie es mit der Umsetzung aussieht.

(Sven Wolf [SPD]: Deswegen hat er ja zur Digitalisierung nichts gesagt! Das war ihm zu peinlich!)

Es hat sich sehr deutlich gezeigt, dass aus der in Deutschland leider nach wie vor vorhandenen Bildungsungerechtigkeit in der Coronakrise auch noch ein Digital Gap geworden ist. Wie viele Familien, Kinder und Jugendliche fanden sich am Ende ihres Datenvolumens wieder, und es war noch ganz viel Monat übrig? Auch auf diese Frage muss man eine Antwort geben.

Die Landesregierung hat sich zwar auf den Weg gemacht, hat dafür aber natürlich kein Geld on top vorgesehen. Außerdem hat es auch wieder zu lange gedauert. Schon wieder sahen sich die Kommunen und die Träger damit konfrontiert, dass die notwendigen Vorbereitungen nicht getroffen wurden. Erneut hat es lange gedauert, bis die Förderbedingungen klar waren. All diese Dinge haben doch wieder einmal mehr gezeigt, dass sich die Bildungsungerechtigkeit in diesem Land verstärkt hat.

Von der weltbesten Bildung, die Sie, Herr Professor Pinkwart, immer so vollmundig versprochen haben, ist doch spätestens nach dieser Krise nichts mehr übrig geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von Ralph Bombis und Dietmar Brockes [FDP])

Das Chaos, das in den Schulen herrschte und herrscht, und das Chaos, das zum Teil auch in den Kitas geherrscht hat, hat doch gezeigt, dass es wenig Verlässlichkeit für Eltern, Kommunen und Träger gab.

(Ralph Bombis [FDP]: Das ist doch Unsinn, und das wissen Sie doch selber!)

Wenn die Anordnungen für Montagmorgen erst am Freitagabend kommen, dann kann man nicht davon sprechen, dass diese Krise zu einem Bildungsschub geführt hat,

(Ralph Bombis [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

dann kann man nur davon sprechen, dass diese Krise zu einem Chaosschub geführt hat.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Glocke)

Wenn Sie sich so sehr aufregen, zeigt das doch nur eindeutig, dass auch Sie sich bewusst sind,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Glocke)

dass an Ihrem Krisenmanagement zumindest für die Familien, Kinder und Jugendlichen in diesem Land sehr vieles zu kritisieren ist.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

Diese Krise hat auch deutlich gemacht, dass Kinder kein Anhängsel ihrer Eltern sind und Jugendliche übrigens auch keine sorglose und desinteressierte Generation. Leider war diese Landesregierung viel zu lange desinteressiert an Jugendlichen, Kindern und Familien und ihren Belangen.

Den Kindern und Jugendlichen wurden ihre Lebensräume genommen. Auf einmal waren sie isoliert. Irgendwie hat sich auch keiner so richtig darum gekümmert und sich gefragt: Was macht das mit jungen Menschen, wenn sie in einer solch wichtigen Phase ihres Lebens ihrer Peergroups und ihrer Lebensräume beraubt werden? Was macht das mit jungen Menschen?

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Viele junge Menschen – dazu gibt es schon Befragungen und Studien – fürchten jetzt um ihre Zukunft und fragen sich: Kann ich meiner Ausbildung noch nachgehen? Wird es den Betrieb, in dem ich meine Ausbildung machen möchte, noch geben?

Das sind Fragestellungen, mit denen sich junge Menschen beschäftigen. Es wäre schön, wenn die Landesregierung mit diesen jungen Menschen sprechen und ihre Interessen, Sorgen und Nöte ernst nehmen würde.

Ich höre gerne die Garantie und die Zusage der Landesregierung, dass Kitas und Schulen nicht mehr flächendeckend geschlossen werden sollen. Auch das ist ein wichtiges Zeichen. Aber dazu gehört, dass man mit klaren Konzepten vorangeht. Was bedeutet das in Bezug auf digitales Lernen, vor allem inhaltlich? Was bedeutet das in Bezug darauf, dass wir Gruppen möglicherweise räumlich entzerren müssen, damit sie eben nicht wieder isoliert werden müssen? Was heißt das in Bezug auf das Personal?

Auf all diese wichtigen Fragen hören wir nur wolkige Antworten. Das ist kein klares Konzept. Dann ist eine Garantie relativ schnell nicht mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben steht.

Es geht aber nicht nur um die Schulen und Kitas als Lebensräume junger Menschen. Junge Menschen haben auch noch andere Lebensräume, und es ist

wichtig, dass sie diese anderen Lebensräume haben. Viele von uns waren gestern zum Beispiel gemeinsam unten beim BDKJ am Lagerfeuer.

Die Frage, wie junge Menschen selbstbestimmt ihr Leben gestalten können, ist in dieser Pandemie viel zu kurz gekommen. Darauf muss viel stärker geachtet werden.

Ich bleibe dabei – denn auch wenn Sie immer wieder sagen, diese Forderung langweile Sie, so wird sie deswegen noch lange nicht falsch – und fordere nach wie vor: Holen Sie nicht nur die Autoindustrie und sonst wen an den Tisch, sondern machen Sie auch einen Familiengipfel! Holen Sie endlich diejenigen an den Tisch, die so sehr unter dieser Krise gelitten haben und auch ein Mitspracherecht haben sollten! Wer Kinderrechte ernst nimmt, holt Kinder und Jugendliche mit an den Tisch, fragt sie nach ihren Bedürfnissen und nimmt ihre Sorgen und Ängste ernst. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das hat man leider während Ihrer Regierungszeit nicht gemerkt! Sie haben von dem, was Sie alles besser wissen, nichts umgesetzt – bei Frau Beer angefangen, und bei Ihnen endet das!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! CDU und FDP haben inzwischen also auch erkannt, dass ihre Lockdownpolitik die gastronomische Vielfalt im Land gefährdet. Herzlichen Glückwunsch dazu und zu der Erkenntnis, für die Sie fast nur ein halbes Jahr gebraucht haben.

Bereits im April hat meine Fraktion hier einen Antrag zum Thema „Gastronomie“ eingebracht. Schon damals haben wir mehr und bessere Ideen gehabt als CDU und FDP heute. Unter anderem haben wir gefordert, gewisse Sondersteuern abzuschaffen, die Mehrwertsteuer in der Gastronomie deutlich zu senken und die Soforthilfe für Gastronomen anzuheben.

Vor allem aber fordern wir schon lange, die inzwischen völlig überzogenen Coronamaßnahmen zu lockern oder ganz abzuschaffen, denn unter den gegebenen Umständen verspüren die Bürger naturgemäß wenig Lust, in Kneipen und Gaststätten des Landes einzukehren.

Ihnen fällt dagegen nicht viel mehr ein als die Installation von teuren Luftfilter- und Ionisierungsanlagen. Daran erkennt man, dass Sie im Elfenbeinturm sitzen. Glauben Sie ernsthaft, dass sich Gastronomen, die jetzt schon seit einem halben Jahr mit Totalschließungen

bzw. massiven Umsatzeinbrüchen kämpfen, so etwas mal eben leisten können?

Für den kleinen Kneipen- und Gasthausbesitzer ist so etwas keine Option. Er müsste massiv investieren und weiß überhaupt nicht, ob seine Investition morgen noch etwas wert ist. Schließlich ändern sich die Coronaerlasse der Ministerien – wir erhalten sie mittlerweile alle per E-Mail – häufiger als der Wetterbericht.

Nicht wenige werden sich bei solchen Empfehlungen auch noch an die sogenannte Nichtraucherschutzgesetzgebung erinnern. Erst wurde den Gastronomen erlaubt, separate Raucherräume einzurichten. Viele taten das und haben massiv investiert. Wenige Jahre später wurde dann das Totalverbot beschlossen, und die teuer bezahlte Investition war über Nacht quasi wertlos.

Auch die Heizpilze, die hier vorkommen, sind ein Geschöpf dieser Bevormundungspolitik. Kaum jemand kam vor dem Rauchverbot auf die Idee, sich im Winter bei Minusgraden mit einem Bier in der Hand vor die Kneipe zu stellen. Also haben die Gastronomen Heizpilze angeschafft, damit die rauchenden Gäste unter menschenwürdigen Bedingungen ihr Bier trinken konnten und wiederkamen. Das wiederum gefiel den grünen Volkserziehern natürlich nicht so gut. Also wurden in vielen Städten die Heizpilze verboten, weil sie den Klimagott erzürnen.

Weil aber die CDU gerade überall im Land um die Gunst der Grünen buhlt und die FDP in diesen Überlegungen keine große Rolle mehr spielt, können Sie sich nicht einmal hier im Antrag dazu durchringen, die Kommunen aufzufordern, Heizpilze zu erlauben.

Herr Kehrl, es war ja schön, dass Sie Ihr Liedchen vorgetragen haben, aber Ihre Kollegen in Köln trauen sich nicht, Heizpilze zu erlauben, weil sie in einer schwarz-grünen Koalition sind. Das Ganze ist also ein bisschen eine Luftnummer. Es werden nur noch dahin gehende Überlegungen begrüßt, wie es heißt.

Dann stellen Sie lieber gar keinen Antrag. Dann sind wir nämlich alle früher zu Hause, gehen in der Kneipe um die Ecke noch einen trinken, und der Landtag kann das Licht früher ausschalten. Davon haben die Gastronomie und das Klima dann mehr.

Selbst wenn der Antrag irgendwelche Konsequenzen hätte, wäre der Gastronomie damit nur wenig geholfen. Sie schreiben es ja selbst: Schon heute, also noch bei guter Witterung, liegen die Umsätze rund 40 % unter denen des Vorjahres. Das wird sich dann im Herbst und Winter auch mit Heizpilz nicht verbessern, und es wird sich auch ganz bestimmt nicht verbessern, wenn Sie Weihnachtsmärkte und Karneval absagen, meine Damen und Herren.

Stellen Sie lieber die völlig maßlose Verbotspolitik im Zusammenhang mit Corona auf den Prüfstand. Schaffen Sie bei den Menschen Vertrauen und

strahlen Sie Vertrauen aus, statt sie in Angst zu versetzen. Dann gehen sie nämlich auch wieder aus, und dann macht die Gastronomie auch wieder mehr Umsatz. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tritschler. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Scharrenbach jetzt das Wort.

Ina Scharrenbach¹⁾, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Also, das ist zum Teil schon starker Tobak, den Sie uns hier heute Morgen zumuten. Glauben Sie ernsthaft, dass es sich irgendjemand innerhalb der Landesregierung leicht gemacht hat, Altenpflegeheime für den Besuch von Angehörigen zu schließen? Glaubt das hier wirklich irgendjemand ernsthaft?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Glauben Sie ernsthaft, dass es sich irgendjemand in dieser Landesregierung leicht gemacht hat, Kindertageseinrichtungen und Schulen runterzufahren?

Sie tun so, als gäbe es eine Coronapandemie, aber keiner dürfte sie merken. Wenn es nach Ihnen geht, hat alles stattzufinden. Kindereinrichtungen sollen offen bleiben. Schulen sollen offen bleiben. Menschen sollen sich nicht umstellen. Altenheime sollen Besuch kriegen.

Was ist das denn für ein Ansatz, den Sie hier fahren, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Am 25. Februar 2020 hatten wir den ersten identifizierten Coronafall in Nordrhein-Westfalen. Am 16. März haben wir gemeinsam verabredet,

(Sven Wolf [SPD]: Mit wem reden Sie?)

den Unterrichtsbetrieb an allen Schulen in Nordrhein-Westfalen bis zum Ende der Osterferien am 19. April 2020 einzustellen. Denn niemand wusste damals, wie es weitergeht. Alle hatten die Bilder aus Italien und anderen europäischen Mitgliedsstaaten vor Augen.

(Zuruf von der CDU: Ich kann mich noch gut an New York erinnern!)

Keiner wusste, was war, und deswegen hatten wir entschieden, den Auftrag der Landesregierung umzusetzen

(Sven Wolf [SPD]: Die böse Frau redet wieder! Meine Güte!)

und den Schutz von 18 Millionen Menschen sicherzustellen. Natürlich bedeutete das für viele Menschen

Einschränkungen und Umstellungen, etwa für die, die kleine Kinder haben, aber auch für die, die größere Kinder haben oder deren Angehörige in einem Pflegeheim leben. All das ist mit Einschränkungen verbunden gewesen.

Ein Großteil der Menschen, die in dieser Zeit gearbeitet haben, die letztlich die Wirtschaft aufrechterhalten haben, die die Gesellschaft aufrechterhalten haben, waren doch Frauen. Das haben wir in den Debatten auch miteinander ausgetauscht.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ich erwähne beispielhaft die Verkäuferin im Lebensmitteleinzelhandel. Diese Frauen waren systemrelevant und sind deshalb auch arbeiten gegangen.

Aber auch die Familien mussten sich umstellen. So mussten die Kinder zu der Zeit zu Hause betreut werden; die Schulen waren schließlich geschlossen. Und mit dem Wiederanfahren der Wirtschaft ab dem 20. April haben sich die Menschen darum gekümmert, wie sie ihren Alltag organisiert bekommen.

Insofern können Sie hier doch nicht ernsthaft so tun, als ob es eine Pandemie gäbe, von der keiner etwas mitbekommen würde.

Unser Auftrag war es und ist es, dafür Sorge zu tragen, dass die Bevölkerung und dass die Wirtschaft bestmöglich durch diese Zeit kommen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von den GRÜNEN)

Mit allen Beschlüssen, die wir hier seit März dieses Jahres getroffen haben – zum Teil mit sehr breiter Unterstützung des Landtags –, haben wir den richtigen Weg beschritten. Und mit jedem Beschluss legen wir einen weiteren Grundstein für das Leben, das Wohnen und das Arbeiten von morgen. Das kann man doch nicht klein- und schäbigreden, so wie Sie das hier heute Morgen getan haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von den GRÜNEN)

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der SPD, heben darauf ab, es müsse eine Allgemeingültigkeit von Tarifverträgen im Pflegebereich geben. Ja, das sieht die Landesregierung genauso. Deshalb hat die Landesregierung genau dies bereits am 14. Mai 2020 im Bundesrat mit Mehrheitsbeschluss auf den Weg gebracht.

Wer in der Bundesregierung ist denn dafür zuständig? Es wurde auf Initiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Bundesrat beschlossen, dass die Bundesregierung ein Konzept vorlegen soll, damit wir die Tarifverträge im Pflegebereich für allgemeinverbindlich erklären. Zuständig ist Hubertus Heil in der Bundesregierung. Bitte appellieren Sie an den eigenen Bundesminister, was die Umsetzung anbetrifft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da Sie, Frau Abgeordnete Paul, auf die Digitalisierung im Schulbereich abheben, gestatten Sie mir bitte folgende Ausführungen dazu: Die Digitalisierung hat in Nordrhein-Westfalen offenkundig erst mit dem 30.06.2017 begonnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Denn ausgerechnet im Schulbereich konnte Kollegin Gebauer nicht auf Vorarbeiten Ihrerseits zurückgreifen, was die Digitalisierung von Lernen und Bildung anbetrifft.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Es gab kein flächendeckendes Angebot von iPads und Software für Kinder aus sozial schwachen Familien. Alles, was in diesem Jahr auf den Weg gebracht wird, geschieht vonseiten des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem Bund. Nichts liegt von Ihnen dazu vor. Es gibt keine Konzepte für die allgemeinbildenden Schulen, wie diese das umsetzen sollen – gar nichts!

Alle miteinander sind wir in eine Pandemie geraten. Niemand von uns hat eine solche je zuvor mitgemacht. So richtet sich die „Konzeption Zivile Verteidigung“ des Bundes und der Länder auf planbare Ereignisse wie einen Stromausfall oder einen großflächigen IT-Angriff. Auf solche Vorkommnisse haben wir uns bisher vorbereitet, und der Bundesinnenminister arbeitet in den entsprechenden Gremien mit, damit wir auf solche Ereignisse reagieren können. Eine Pandemie hat noch niemand mitgemacht. Deswegen müssen wir in vielen Fällen Entscheidungen treffen, ohne auf einen Erfahrungswert zurückgreifen zu können.

Aber hier der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, die seit drei Jahren im Amt ist, vorzuwerfen, sie habe keine Vorsorge bei der Digitalisierung von Lernen und Bildung getroffen, ist, Frau Abgeordnete Paul, offen gesagt, eine Unverschämtheit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wissen Sie, was eine der ersten Entscheidungen dieser Landesregierung nach dem 30.06.2017 war?

(Unruhe – Glocke)

Eine der ersten Entscheidungen war es, das von Ihnen eingeführte Programm „Gute Schule 2020“ auch für den Ankauf von iPads und Laptops zu öffnen. Daran haben Sie nämlich gar nicht gedacht, als Sie dieses Programm aufgesetzt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann zu Ihren Anwurf, wir hätten die Kinder und Jugendlichen vergessen: Auch das ist, offen gesagt, ein starkes Stück. Im Besonderen für Kinder und Jugendliche ist das alles ziemlich schwer nachvollziehbar gewesen. Eltern und Angehörige haben einen

Riesendienst geleistet, Kindern und Jugendlichen zu erklären, was seit März los war und ist und was das bedeutet.

Gerade die Kinder und Jugendlichen haben die Maßnahmen, die letztlich von der Landesregierung und in breiten Teilen vom Landtag verantwortet wurden, bestmöglich angenommen. Die laufen nämlich nicht auf der Straße ohne Schutzmaske oder vergleichbare Dinge herum, während andere genau das gerne tun und dabei erklären, man brauche Mund- und Nasenbedeckung nicht. Kinder und Jugendliche akzeptieren den Schutz aber.

So tragen Kinder und Jugendliche und der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung dafür Sorge, dass wir durch das Einhalten von allgemein committed Regeln wie der AHA-Regel – ich betone sie genauso wie der Kollege Laumann immer wieder gerne – die Coronapandemie in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik insgesamt gut im Griff halten können. Dafür ist auch den Kindern und Jugendlichen ein großer Dank auszurichten.

Ebenfalls als eine der ersten Maßnahmen hat diese Landesregierung beispielsweise die Finanzmittel, die für den Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen, wesentlich aufgestockt und hat die Träger in der Kinder- und Jugendhilfe nachhaltig gestärkt. Wir haben Zugangswege eröffnet.

Was verlangen Sie? Sie sagen: Kinder und Jugendliche waren zu Hause und konnten unter Umständen nicht raus. – Ja, das war ganz fürchterlich. Sie können uns glauben, dass wir innerhalb der Landesregierung viele Diskussionen zum Beispiel darüber geführt haben, dass wir die Spielplätze wieder öffnen müssen, weil im Besonderen in den hochverdichteten Großstadtlagen Kinder keine Möglichkeit haben, rauszukommen.

(Zurufe von Verena Schäffer [GRÜNE] und
Josefine Paul [GRÜNE])

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen bisher bestmöglich Sorge dafür getragen, dass Bevölkerung und Unternehmen gut durch die Coronazeit kommen. Das werden wir auch in der weiteren Zukunft tun. Die bisherigen Ergebnisse für das Land Nordrhein-Westfalen geben uns recht.

Mein herzlicher Dank geht an die Bevölkerung, die diese Schritte so weit mitgegangen ist. Und mein herzlicher Dank geht im Besonderen an die Beschäftigten in den Städten und Gemeinden, in den Altenpflegeheimen, in den Krankenhäusern, im Lebensmitteleinzelhandel und in vielen anderen Bereichen, die dafür Sorge tragen, dass wir gemeinsam durch die Coronapandemie kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Sieveke jetzt das Wort.

Daniel Sieveke (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieben Dank, Frau Scharrenbach. Ich habe mir die ganze Zeit vorgestellt, wie Karl-Josef Laumann, wenn er heute an dieser Debatte hätte teilnehmen können, auf einige der Wortmeldungen und Redebeiträge hier reagiert hätte. Die Wallungen hat die Ministerin aufgenommen und vieles ganz klar verdeutlicht. – Herzlichen Dank dafür.

Das war heute eine Diskussion, die zum Teil schon gewöhnungsbedürftig war. Frau Kapteinat, Sie haben eben gesagt, Sie lehnten es ab, zu einer verantwortungsvollen Normalität zu kommen. Was hat Sie da geritten? Nochmals: Was hat Sie da geritten? Das ist wirklich der Hammer!

Dann haben Sie gesagt, Herr Kutschaty habe ganz tolle neue Punkte gebracht. 30 % von null bleibt null; 40 % von null bleibt null. Die Menschen wollen arbeiten, sie wollen ihren Beruf ausüben können. Das wollen sie. Sie wollen sich nicht über Mindestlohn unterhalten, sondern erst einmal wieder arbeiten können.

(Beifall von der CDU)

Das haben Sie immer noch nicht verstanden. Die Menschen stehen zum Teil mit dem Rücken zur Wand. Sie wollen ihren Beruf ausüben.

(Sven Wolf [SPD]: Was ist das denn für ein Neoliberalismus? Arbeiten ohne Geld? Einfach arbeiten lassen, oder was? Ich glaube es nicht! – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: In welcher Welt leben Sie denn?)

Der Unterschied zwischen Ihrem Antrag und unserem Antrag, der Unterschied zwischen Ihrer Politik und unserer Politik ist: Sie sprechen über Menschen, wir sprechen mit den Menschen, mit den Betroffenen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Kutschaty, dann sagen Sie, wir müssten das schwedische Modell nehmen. Wissen Sie, was Sie heute total ausgeblendet haben? Wir hatten Angst. Wir hatten ganz tiefe Angst.

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist ja das Problem!)

– Sie haben ganz andere Probleme.

Wir hatten ganz tiefe Angst. Wir wollten den Menschen helfen, zu überleben – und zwar nicht wirtschaftlich zu überleben, sondern wirklich zu überleben.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Mission erfüllt!
Herzlichen Glückwunsch!)

Das blenden Sie total aus. Ich weiß noch, wie wir die Bilder von Leichenzügen und von Autos mit ganz vielen Leichen gesehen haben.

(Andreas Keith [AfD]: Bilder von wem?)

Das war entscheidend. Jens Spahn hat in den letzten Wochen gesagt, mit dem Wissen von heute würde man manche Schritte anders gehen.

Aber eins kann ich Ihnen nicht ersparen: Jeden Öffnungsschritt, jeden Schritt für die Beschäftigten, jeden Schritt für Frauen, Kinder und Jugendliche haben Sie kritisiert. Sie haben uns als unmenschlich dargestellt und erklärt, jeder Tote, der aufgrund eines Öffnungsschrittes produziert werde, sei unser Toter. Das war Ihre Maxime. Sich heute hier hinzustellen und zu sagen, wir hätten Frauen, Kinder und Beschäftigte im Regen stehen lassen, ist ganz starker Tobak.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ganz ehrlich, Frau Kapteinat: Sie haben eben Winston Churchill mit „Lass niemals eine Krise ungenutzt verstreichen“ zitiert. Sie haben recht. Aber Sie sind gar nicht mehr dabei. Sie sind im Lockdown. Sie fühlen sich im Lockdown wohl. Sie sprechen nicht mehr mit den Menschen. Sie haben am letzten Wochenende gesehen, dass Sie die Menschen nicht mehr erreichen – weil Sie die Menschen gar nicht erreichen wollen. Sie haben in Gelsenkirchen die Quittung bekommen; Sie haben bei den Kommunalwahlen in vielen anderen Städten und Gemeinden die Quittung bekommen.

(Sven Wolf [SPD]: Haben Sie mal ins Bergische geschaut? – Zuruf von der AfD: Wie viel Prozent?)

– Ja, Sie haben alles versucht. Sie stellen sich hierhin und schwadronieren über irgendwelche Sachen, aber Sie erreichen die Menschen nicht. Kommen Sie raus! Helfen Sie mit!

Frau Kapteinat und Herr Kutschaty, Sie sind in keinem Ihrer Redebeiträge überhaupt einmal auf die Vorschläge von CDU und FDP eingegangen. CDU und FDP haben sich inhaltlich damit beschäftigt und haben auch mit dem DEHOGA gesprochen.

(Unruhe)

Es wird weitere Überlegungen geben – beispielsweise, wie wir das Weihnachtsgeschäft für die Betriebe ermöglichen können, was Weihnachtsfeiern angeht, aber natürlich auch, wie wir mit Blick auf die Hotellerie die Binnennachfrage stärken können, indem wir Reisen innerhalb Deutschlands ermöglichen. Wir sprechen mit den Menschen.

Und ich sage Ihnen eines: Die beste Wirtschaftspolitik ist Arbeit, Arbeit, Arbeit.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Die muss dann auch bezahlt werden!)

Wer arbeitet, hat auch etwas in seinem sozialen Umfeld.

Und gerade die Schausteller ...

(Sven Wolf [SPD]: Jetzt wird es dünn! – Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

– Hören Sie doch erst einmal zu.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Tun Sie nicht so, als wären Sie an deren Seite!)

Die Schausteller haben nicht als oberstes Ziel, weitere Förderung zu erhalten. Sie wollen endlich wieder arbeiten und ihre Plätze aufbauen. Das ist deren Maxime. Dafür kämpfen wir.

Und ganz ehrlich: Als es um die Pop-up-Freizeitparks ging, haben Sie hinterher behauptet, Sie hätten sich für das Alkoholverbot dort eingesetzt. – Dafür haben Sie sich gar nicht eingesetzt. Mir liegt der Schriftverkehr vor. Das behaupten Sie einfach, weil Sie dabei sein wollen.

(Christian Dahm [SPD]: Den Schriftverkehr kann ich Ihnen zuschicken!)

Kommen Sie aus Ihrer Wohlfühlkomfortzone heraus! Frau Kapteinat hat eben gesagt: Wie schön war es, dass man Zeit hatte.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Ich habe von mehr Pleiten gesprochen!)

Ja, man muss die positiven Errungenschaften mitnehmen. Aber die Menschen wollen, dass wir wieder zu einer verantwortungsvollen Normalität zurückkommen, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Sieveke (CDU): ... und zwar in allen sozialen und wirtschaftlichen Bereichen.

Wir werden diesen Weg weiter fortsetzen. Am Ende wird man diesen Erfolg belohnen. Ich danke der Landesregierung und allen Akteuren dafür, dass sie diesen Weg konsequent weitergehen. Denn es ist schwierig. Trotzdem man muss diesen Schritt weiter umsetzen. Herzlichen Dank dafür.

Kommen Sie auch und machen mit! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Aussprache

zu Tagesordnungspunkt 1, Aktuelle Stunde, ange-
langt.

Ich rufe auf:

2 Den Worten des Koalitionsvertrages Taten folgen lassen – Die Landesregierung muss mehr für die FernUniversität Hagen tun!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8424

Beschlussempfehlung
des Wissenschaftsausschusses
Drucksache 17/10916

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Tigges das Wort.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FernUniversität Hagen ist mit ihren mehr als 76.000 Studierenden die größte Universität Deutschlands und als einzige staatliche Fernuniversität ein Aushängeschild in der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft.

In vielen Bereichen nimmt die FernUni Hagen eine Vorreiterrolle ein. So studieren 80 % der Eingeschriebenen berufsbegleitend. Viele Studierende haben familiäre Verpflichtungen oder sind vom Alter her eher lebenserfahrener und brauchen flexible Studienbedingungen.

Damit leistet die FernUniversität Hagen einen ganz wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Studium und hat sich so als zentraler Baustein für ein durchlässiges lebenslanges Lernen in der Hochschullandschaft etabliert.

Gerade die Coronapandemie verdeutlichte die jahrelange Erfahrung der FernUni Hagen im Umgang mit Hybridformaten aus digitalen und Präsenzinhalten, während bei vielen Hochschulen zunächst nur ein eingeschränkter Studienbetrieb möglich war. Daher tauschten sich auch, wie uns berichtet wurde, einige andere Hochschulen mit der FernUniversität Hagen in dieser Zeit aus und profitierten von ihrem Erfahrungsvorsprung.

Die besondere Bedeutung der FernUni Hagen für unsere Hochschullandschaft hat die NRW-Koalition bereits 2017 in ihrem Koalitionsvertrag hervorgehoben. Gemeinsames Ziel von Hochschule und NRW-Koalition ist es, die FernUniversität Hagen zu einer weltweit führenden und forschungsorientierten Open University auszubauen.

Dazu wurde bereits 2018 ein Umsetzungskonzept mit dem Titel „Entwicklungsperspektive der FernUniversität

Hagen“ gemeinsam mit der Hochschule und dem Ministerium abgestimmt.

In einem weiteren Schritt bekam die FernUniversität Hagen mit der Novellierung des Hochschulgesetzes durch CDU und FDP mit § 77b sogar einen eigenen Paragraphen, der die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der Hochschule verankert.

Diese Zwischenschritte verdeutlichen, welchen Stellenwert die Hochschule für die NRW-Koalition hat.

In der Ausschusssitzung im Mai dieses Jahres hat uns die Direktorin der FernUniversität Hagen auch noch einmal bestätigt, welche Unterstützung sie als Hochschule aus dem Ministerium bereits bei der Konzeption und der Fortentwicklung der Open University erhalten hat.

Das ist genau die Unterstützung, welche Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, mit Ihrem Antrag hier mal wieder sehr undifferenziert fordern, aber selber in der Vergangenheit immer vermissen ließen.

Ich darf feststellen, dass erst mit unserem Koalitionsvertrag von CDU und FDP die Stärkung der FernUni Hagen und die Zielrichtung auf dieses Projekt „Open University“ überhaupt politisch aufgegriffen und niedergeschrieben wurde. Meines Wissens ist in Ihrer Regierungszeit diesbezüglich gar nichts geschehen. Sie waren da eher ideen- und tatenlos.

CDU und FDP waren es im Übrigen auch, die zunächst einmal die Hochschulpaktmittel generell verstetigt haben. Von diesen Mitteln hat auch die FernUniversität Hagen profitiert.

CDU und FDP sind es auch, die nun den Hochschulen bis 2021 zusätzlich 50 Millionen Euro jährlich für die Digitalisierung von Studium und Lehre, Infrastruktur und Verwaltung zur Verfügung stellen. Das waren nicht Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

Natürlich braucht das Projekt „Open University“ eine entsprechende finanzielle Förderung; ganz klar. Sie erfolgt mit 4 Millionen Euro zusätzlich aus dem Hochschulpakt für 2018 und 2019, 6 Millionen Euro für 2020 und möglicherweise, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind, einem weiteren jährlichen Plus von 6 Millionen Euro aus dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“. Hier lässt das Land also Taten folgen.

Wie wir alle wissen, können diese Gelder natürlich nicht nur für dieses Projekt eingesetzt werden. Daher wird man auch zukünftig im engen Austausch mit der FernUni Hagen eine angemessene Finanzierung in unserem Haushalt diskutieren müssen.

Aber Sie wissen auch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass die finanziellen Ressourcen gerade jetzt in der Nachcoronazeit knapp sein werden.

Daher hätte ich mich gefreut, Herr Bell, wenn Sie in Ihrem Antrag nicht, wie üblich, pauschal gefordert hätten, die Zuschüsse deutlich zu erhöhen, sondern vielleicht auch einmal konkreter geworden wären und vielleicht auch einmal einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung aufgezeigt hätten.

Wir werden ein verlässlicher Partner der FernUniversität Hagen sowie aller Hochschulen in unserem Land bleiben und die Hochschullandschaft in NRW weiter zukunftsorientiert aufstellen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tigges. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bell.

(Beifall von der SPD)

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute befasst sich das Hohe Haus aufgrund unseres Antrags seit längerer Zeit einmal wieder mit der FernUniversität in Hagen – eine Einrichtung, die 2024 ihr 50-jähriges Jubiläum feiern wird und auf die wir als Bundesland zu Recht stolz sein können.

Seit ihrer Gründung ermöglicht sie, berufsbegleitend zu studieren. Damit ist sie für viele Menschen bundesweit, aber auch im europäischen deutschsprachigen Raum zu einer Institution geworden. Sie ist die größte Universität in Deutschland, wenn man die Anzahl der Studierenden zugrunde legt. Mit ihrem Profil bietet sie exzellente Voraussetzungen, die Chancen der Digitalisierung für lebenslanges Lernen an einer öffentlichen Hochschule zu nutzen und ihre Erfahrungen anderen Hochschulen zur Verfügung zu stellen.

Dies war offensichtlich auch der Grund, warum die Regierungskoalition in ihrem Koalitionsvertrag das von Herrn Tigges erwähnte Ziel beschlossen hat, die FernUniversität zu einer weltweit führenden und forschungsorientierten Open University Hagen auszubauen.

Um diesem Ziel näherzukommen hat die FernUniversität mit dem Ministerium in einem knapp zweijährigen Prozess das Umsetzungskonzept „Entwicklungsperspektiven der FernUniversität in Hagen“ abgestimmt, das uns im Wissenschaftsausschuss des Landtages am 12. September 2018 präsentiert worden ist. Teil dieses Konzepts sind vier zentrale Förderstränge, die unter anderem das Forschungsprofil stärken und den Open-University-Ansatz umsetzen sollen. So war es im Koalitionsvertrag verabredet. Alle Fraktionen haben in dieser Sitzung der FernUniversität Unterstützung signalisiert.

Sehr geehrter Herr Tigges, für die Umsetzung dieser Konzeptlinien ist allerdings ein konkreter Mittelaufwuchs mit dem MKW vereinbart worden. Die Frau

Ministerin hat diese Finanzplanung persönlich gebilligt. Diese sah vor, dass 2018/19 rund 4 Millionen Euro an Hochschulpaktmitteln zusätzlich bereitgestellt werden. 2020 sollte das Grundbudget um rund 9 Millionen Euro erhöht werden, ab 2021 dauerhaft um rund 12,5 Millionen Euro.

Leider ist allerdings – ich will das so deutlich sagen – bereits 2020 der zugesagte Aufwuchs des Grundbudgets nicht in vollem Umfang erfolgt. Erfolgt ist – so haben Sie es avisiert – eine geringere Zahlung. Auch für 2021 streben Sie, wie Sie gerade zu erkennen gegeben haben, nicht an, die eigentlich avisierte Erhöhung der Grundforderung in voller Höhe auszu zahlen.

Frau Professorin Pellert hat in der Anhörung am 20. Mai 2020 nicht nur die Unterstützung durch das Ministerium zum Ausdruck gebracht. Sie hat auch sehr deutlich gemacht, dass diese Verfahrensweise das Konzept der Open University und die Umsetzung des Konzepts der Open University im Grunde gefährdet.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Wenn das auch 2021 nicht gelingt, müssen wir sagen, mit diesem Vorhaben wird das nichts, weil es mit einer bestimmten langfristigen Ressource verknüpft ist, wenn wir neue Professuren oder Dauerstellen im Lehrbereich ausschreiben wollten. Das konnten wir alles nicht. Jetzt stockt das. Wir haben das Haus immer wieder getröstet und versucht, die Mittel zu nutzen, die wir bekommen haben. Da es um diese Haushaltsaufstockung geht, ist das nun einmal leider mit Haushaltsgeldern verbunden. Daher ist das Projekt in der Tat gefährdet. Das täte uns sehr leid. Wir haben uns sehr gefreut.

Ich glaube, das ist ein tolles Vorhaben, und zwar nicht nur für die FernUniversität, sondern für das Hochschulsystem als Ganzes. Wir sehen uns da in einer Pilotfunktion und leben das auch in den letzten Wochen durch die Unterstützung von Präsenzuniversitäten.

Wir sind aber in der Situation, dass wir an Ausbau – und das verbindet sich mit dem Begriff der Open University – nicht denken können, wenn wir diese Aufstockung nicht erreichen.“

Jenseits der konkreten Situation der FernUniversität geht es damit auch um Glaubwürdigkeit und Seriosität des MKW. Wenn der hier erkennbare Stil, getroffene Verabredungen einseitig aufzukündigen, Raum greift, steht mehr als das Open-University-Konzept der FernUniversität infrage.

(Beifall von der SPD)

Es wäre aus meiner Sicht – das will ich betonen – eine Beschädigung des gesamten Wissenschafts-

standorts Nordrhein-Westfalen. Das kann ernsthaft nicht gewollt sein.

Den Koalitionsfraktionen sage ich mit Nachdruck: Wer im Koalitionsvertrag verabredet, eine weltweit führende Open University Hagen zu entwickeln und dann bei den ersten Umsetzungsschritten scheitert, macht sich wissenschaftspolitisch klein. Das hat die Wissenschaftspolitik in diesem Hause nicht verdient.

(Beifall von der SPD)

Ich will Ihnen, Herr Tigges, auch noch mal deutlich sagen: Das, was Sie als alternative Finanzierungskonzepte und -modelle angedeutet haben, ist von der Professorin und der Kanzlerin eindeutig zurückgewiesen worden. Sie haben in Ihrer Stellungnahme eindeutig erklärt, dass die Nutzung anderer finanzieller Ressourcen für das Konzept nicht infrage kommt. Ich appelliere deshalb sehr eindringlich an Sie: ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dietmar Bell (SPD): ... Machen Sie den Weg frei, das abgestimmte Konzept finanziell wirklich zu hinterlegen, damit wir zu einem guten Ende für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und die FernUniversität Hagen kommen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Beihl.

Daniela Beihl (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Aufstiegschancen durch weltbeste Bildung sind für uns Freie Demokraten nicht nur ein Anspruch, der auf den klassischen Lebensweg mit Schule und beruflicher oder akademischer Ausbildung zutreffen muss. Dieser Anspruch umfasst für uns vielmehr auch die Anerkennung und Würdigung von unterschiedlichen Lebensentwürfen, in denen immer und zu jedem Zeitpunkt Aus- und Weiterbildung möglich sein müssen.

Lebenslanges Lernen muss in einem durchlässigen Bildungssystem möglich sein – egal mit welcher Ausbildung oder mit welchem beruflichen Hintergrund. Die Digitalisierung ist ein unglaublich wichtiger Wegbereiter für lebenslanges Lernen. Dies wollen wir weiter fördern und ausbauen.

Im Bereich der akademischen Bildung ist die FernUniversität Hagen ein starker Partner und Vorreiter dafür. Dies schlägt sich auch im Angebot der FernUniversität nieder. Kern des Konzepts ist es, individuelle Weiterbildungsmöglichkeiten für ein breites

Personenspektrum zu schaffen – auch für Personen, die zuvor nie Kontakt mit akademischer Ausbildung hatten.

Die FernUni Hagen hat früh angefangen, die Möglichkeiten der Digitalisierung für ihre Lehre zu nutzen. Sie ist heute ein Vorreiter in Blended-Learning-Konzepten. Sie ermöglicht durch ihre digitale Lehr- und Lernkompetenz für viele die Integration und Mischung ihrer verschiedenen Lebenswelten und schafft damit potenziellen Raum für berufsbegleitende akademische Weiterbildung.

Unsere Hochschulen in NRW konnten viel von dieser Expertise im coronabedingt ersten vollständig digitalen Semester lernen. Viele sprechen von einem Digitalisierungsschub in der Lehre an unseren Hochschulen. Das ist eine tolle Weiterentwicklung, die auch den Alltag unserer Präsenzhochschulen verändern und verbessern wird.

Gleichzeitig wird die FernUniversität Hagen allerdings ihr Alleinstellungsmerkmal als FernUniversität ohne Präsenzlehre behalten. Daher ist sie auch der richtige Ort und der richtige Akteur, um zur Open University ausgebaut zu werden. Dies wurde 2017 im Koalitionsvertrag verankert.

In dem darauf folgenden konstruktiven Prozess hat die FernUni unter Federführung von Rektorin Frau Professor Pellert ein Konzept ausgearbeitet. Dieses Konzept stellt die Weiterentwicklung virtueller und hybrider Lehrformate sowie die Entwicklung studienbezogener Apps in den Vordergrund.

Die Landesregierung hat zur Umsetzung dieses Konzepts bereits 4 Millionen Euro durch die Bereitstellung von Hochschulpaktmitteln zugewiesen. Im Jahr 2020 waren es weitere 6 Millionen Euro aus Mitteln des Hochschulpakts. Zudem gewährt die Landesregierung der FernUniversität Hagen im Rahmen des Zukunftsvertrags „Studium und Lehre stärken“ ein jährliches Plus von 6 Millionen Euro. Damit ist die FernUni Hagen ein sehr großer Profiteur der ZSL-Mittel.

Nun wird vorgebracht, die ZSL-Mittel seien für andere Zwecke gedacht und könnten die Umsetzung der Open University nicht finanzieren. Ziel des ZSL ist aber eine Verbesserung von Studium und Lehre, und Ziel der Open University ist es unter anderem, die Digitalisierung der Lehre voranzubringen.

Wenn uns das turbulente letzte halbe Jahr im Hochschulbereich eines gezeigt hat, dann ist es die Tatsache dass eine Verbesserung der Lehrqualität und die Digitalisierung der Lehre zwei Seiten derselben Medaille sind. Gerade für eine FernUni, welche im Gegensatz zu herkömmlichen Hochschulen dauerhaft ohne Präsenzlehre auskommt, sind digitale Formate eine entscheidende Stellschraube für Qualitätsverbesserung.

Es gibt also erhebliche Schnittmengen zwischen dem ZSL und dem Konzept der Open University. Eine teilweise Umsetzung des Konzepts mit ZSL-Mitteln kann daher durchaus sachgemäß sein.

Aktuell laufen die Verhandlungen für das Haushaltsjahr 2021. Im Schatten der durch die Coronakrise bedingten Einnahmerückgänge und erheblicher Sonderfinanzierungen werden wir uns für eine verantwortliche Finanzierung der Open University einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beihl. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist zunächst einmal absolut richtig, die Landesregierung und die Koalition an dieses Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zu erinnern; denn ansonsten würde dieses Thema wahrscheinlich noch weiter verschleppt.

Im Moment können wir beobachten, wie Sie sich winden; das war eben bei Frau Beihl noch einmal schön zu erkennen. Sie sagen, die Hochschulpaktmittel und die ZSL-Mittel hätten ja auch irgendwie etwas mit Hochschule zu tun, und deswegen könne man sie da mit hereinrechnen. – Eigentlich ist es in der ZSL-Debatte in der letzten Zeit immer so gewesen, dass alles irgendwie mit irgendetwas zu tun hat, nur mit dem eigentlichen Zweck eben nicht. Man sieht: Da windet man sich; da will man eigentlich nicht mehr so richtig.

Deswegen hat dieser Antrag nach wie vor seine Richtigkeit. Die geplante Mittelhöhung für die FernUni für 2021 wird nicht ausreichen, um das Projekt, wie es uns vorgestellt wurde und wie wir es im Wissenschaftsausschuss fraktionsübergreifend begrüßt haben, umzusetzen.

Auch ohne Umwandlung in eine Open University – das habe ich als ganz wichtigen Punkt aus der Befassung im Ausschuss mitgenommen – braucht die FernUniversität auch in der Grundfinanzierung nach wie vor mehr Mittel. Das hat auch die Rektorin der FernUniversität, Frau Pellert, in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss klargemacht. Sie hat geschrieben:

„Die planmäßige Umsetzung des Vorhabens steht jedoch seit Ende 2019 infrage, da die vorgesehene Aufstockung des Grundhaushaltes in 2020 trotz breiter politischer Befürwortung und Priorisierung durch Ministerin Pfeiffer-Poensgen wider Erwarten nicht im Landeshaushalt berücksichtigt wurde; auch für das Haushaltsjahr 2021 erscheinen die Haushaltsgelder derzeit eher ungewiss.

Bisherige Kompensationsmittel und alternative Finanzierungsszenarien des MKW stellen aus Sicht der FernUniversität zwar eine gewisse Zwischenlösung, aber keine langfristig tragbare Perspektive dar.

Eine plangemäße Aufstockung des Grundbudgets ist aus Sicht der FernUniversität jedoch unerlässlich, um den Ausbau gemäß Koalitionsvertrag zu verwirklichen.“

Wir sehen also ganz eindeutig: Man hat sich hingezettelt und auf Anforderung der Koalition ein schönes Konzept geschrieben, aber es hakt jetzt an der Durchsetzung. Es ist richtig, diesen Antrag jetzt zu stellen, weil wir mehr Durchsetzungsstärke benötigen – im Zweifelsfall beim Finanzminister.

Denn es kann doch nicht sein, dass man als Koalition ein solches Vorhaben in seinen Koalitionsvertrag schreibt und einen Arbeitsprozess bei der Hochschule anleiert – die Hochschule bringt dann auch ein Ergebnis –, aber man bezahlt es einfach nicht. So geht es auch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Wir haben es eben schon gehört: Frau Professorin Pellert hat in der Anhörung zudem klargestellt, dass die FernUni insbesondere in der aktuellen Situation eine sehr große Bedeutung hatte, um auch anderen Hochschulen näherzubringen, wie digitale Lehre funktioniert. Da hatte sie eine Vorbildfunktion, und sie hat zur Umsetzung des Online-Semesters viele andere Hochschulen beraten.

Deswegen ist es richtig, die FernUniversität weiter zu unterstützen. Das ist nicht allein eine Frage von Open University, sondern es ist eine Frage der Finanzierung insgesamt. Wir haben dazu bereits viele Details gehört – unter anderem, dass die FernUni bei der Prämierung aus den Hochschulpaktmitteln nur ein Viertel der Mittel bekommt, die eine Präsenzuni oder eine Hochschule für angewandte Wissenschaften erhält. Die FernUni kann auch nicht an den QVM-Mitteln partizipieren, und sie erhält keinen Anteil aus den Hochschulpakterstetigungsmitteln. Das alles sind Punkte, die wir hier im Land lösen können.

Was uns sehr lange umgetrieben hat, ist, dass wir es mit einer bundesweit einmaligen Einrichtung zu tun haben. Insofern ist es richtig – dazu besteht auch ein gewisses politisches Einvernehmen über die verschiedenen Lager hinweg –, dass es nicht alleine Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen sein kann, diese Hochschule zu finanzieren. Wir bräuchten auch Einsatz auf Bundesebene, um die Unterfinanzierung der FernUniversität auszugleichen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP] und Daniela Beihl [FDP])

– Endlich kommt einmal von der Seite Beifall; das gibt es sonst nie.

Ich glaube – damit komme ich zum Schluss –, wir sind uns an vielen Stellen einig, und zwar darin, dass die FernUniversität ein wichtiger Partner bei der Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen ist, dass sie im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschullandschaft ein entscheidender Partner ist ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): ... und dass das Open-University-Konzept, welches die FernUni erarbeitet hat, eine gute Perspektive bietet. Aber damit es funktionieren kann, muss es durchfinanziert sein, und den Ansatz dafür vermissen wir bisher. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Seifen.

Helmut Seifen* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FernUniversität Hagen ist eine wichtige und erfolgreiche Einrichtung zum Erwerb von Hochschulabschlüssen. Sie ermöglicht vielen Berufstätigen die Fortführung ihrer Ausbildung oder ihres Studiums oder die Aufnahme eines neuen Studiums. Man könnte noch viel mehr Lobenswertes sagen, aber das hat Herr Kollege Tigges in seiner Rede bereits vorweggenommen. Dem kann ich mich anschließen.

Wie jede Universität macht sich natürlich auch die FernUniversität Gedanken über eine Weiterentwicklung ihrer Struktur. Deshalb war der Wunsch, die FernUni zu einer forschungsbasierten, weltweit anerkannten Open University auszubauen, mehr als verständlich und insgesamt für die Entwicklung des Hochschulstandortes NRW zu begrüßen.

Das Wissenschaftsministerium hat diese Pläne unterstützt. Man verabredete im November 2018 einen deutlichen Mittelaufwuchs von 4 Millionen Euro in 2018/19 auf 9 Millionen Euro in 2020 und auf 12,5 Millionen Euro in 2021. Damit hat das Ministerium natürlich Begehrlichkeiten und Hoffnungen bei den Verantwortlichen der FernUniversität geweckt.

Dass sich nun, da der vereinbarte Mittelaufwuchs nicht in der vereinbarten Weise finanziert worden ist, Enttäuschung breitmacht, ist allzu verständlich, muss man sich doch von einem Projekt verabschieden – oder man muss es anders durchführen –, das die Reputation der FernUniversität weiter befördert hätte. Insofern muss man Kritik am Wissenschaftsministerium und auch an der Ministerin üben, die hier

offensichtlich seinerzeit leichtfertig Hoffnungen geweckt hat.

Andererseits ist es aufgrund der jetzigen Haushaltslage verständlich, dass der Mittelaufwuchs für 2020 von 9 Millionen auf 6 Millionen Euro begrenzt worden ist. Man kann im Grunde genommen froh sein, dass die Finanzierungsschwierigkeiten bereits frühzeitig, noch bevor man die ersten wesentlichen Schritte zu diesem Projekt gemacht hat, offenbar wurden; denn es geht da auch um Professorenstellen.

Der Landeshaushalt wird aufgrund der Coronazwangsverordnungen mit großen Einbußen zu rechnen haben – und das alles, wie wir vorhin von Herrn Sieveke gehört haben, aus einem Angstzustand heraus. Wie übel wäre es, wenn bereits begonnene Projekte und damit auch diese besagten Professorenstellen wieder zurückgebaut werden müssten. Das wäre eine Katastrophe für alle Beteiligten.

Es ist gut, dass man jetzt rechtzeitig neu überlegen muss. Ob das Projekt ganz gestorben ist, muss die Universitätsleitung dann sehen. Der Haushalt wird eng, und wir werden überall noch auf ganz andere Projekte und Vorhaben verzichten müssen, wenn die Landesregierung nicht endlich die unsinnigen Coronazwangsmaßnahmen vollständig zurücknimmt.

Der SPD-Antrag fordert hingegen die Umsetzung der Vereinbarung aus dem November 2018. Eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag ist aber lediglich eine Zielsetzung, deren Verwirklichung immer vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Situation verfolgt werden muss. Unter den gegebenen Umständen ist diese Umsetzung nicht mehr zu halten.

Die coronabedingten Mehrkosten, die auf den Landeshaushalt zukommen, sowie die Steuerausfälle, die durch die Stilllegung des öffentlichen Lebens entstehen werden, lassen die Einhaltung des ursprünglich angedachten Mittelzuwachses nicht geboten erscheinen.

Der SPD-Antrag berücksichtigt die gesamte aktuelle finanzielle Gemengelage in keiner Weise. So sehr man jeder leistungsfähigen Institution den Mittelzuwachs gönnt, so sehr muss man den gesamten Haushalt und andere leistungsfähige Institutionen, die bereits bestehen und deren Projekte laufen, im Blick behalten.

Wir werden bereits in zwei Monaten feststellen können, inwiefern die Einbrüche beim Steueraufkommen Lücken in den Landeshaushalt reißen und zur Schuldenaufnahme zwingen. Dass in dieser Situation der Start neuer Projekte erst einmal zurückzustellen ist, versteht sich doch von selbst und ist auch verantwortungsbewusst im Sinne derjenigen, die diese neuen Projekte angehen.

Wir sollten im Bereich des Wissenschaftsressorts erst einmal die notwendigen Ausgaben finanzieren, die sich aus dem Bestand ergeben. Zu nennen

wären hier vor allem die Studentenwerke, die über Jahre hinweg – übrigens auch unter Rot-Grün – unterfinanziert und jetzt auch noch durch die Corona-zwangsverordnungen ganz schwer gebeutelt sind. Die Vertreter des Arbeitskreises der Studentenwerke waren sowohl bei mir als auch hier bei Ihnen, und sie haben Ihnen geschildert, wie groß die Not ist. Hier muss das Geld investiert werden.

Herr Bolte-Richter, bei allem Respekt: Ich muss nicht die Landesregierung verteidigen, das liegt mir fern, aber wenn Sie an Versprechungen erinnern, die gemacht und dann nicht gehalten wurden, dann müssten jetzt doch der Energieindustrie die Ohren geklingelt haben, dass sie denken, der Alarm sei ausgebrochen.

Was Sie in der Vergangenheit versprochen und nicht gehalten haben! Welche Milliardenschäden sind in diesem Land entstanden, weil Sie rechtmäßig ange-setzte Verfahren ausgesetzt haben! – Wenn ich an die Kernkraft, an den Hambacher Forst und vieles andere denke, muss ich Ihnen sagen, dass hier die Haushaltseinsparung mehr als verantwortlich ist.

Und das sogenannte Brechen von Versprechen ist ja kein Brechen von Versprechen, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen*) (AfD): ... sondern es handelt sich um Pläne, die aufgrund der derzeitigen Haushalts-lage nicht umgesetzt werden können.

Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag der SPD ab – auch wenn wir natürlich bedauern, dass die FernUni Hagen ihr neues Projekt nicht so weiterver-folgen kann, wie sie es ursprünglich einmal geplant hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Nach den zahlreichen Vermutungen hinsichtlich etwaiger Vereinbarungen, die es nicht gibt, Befindlichkeiten und anderer Betrachtungen möchte ich mit meinem Beitrag versuchen, et-was Licht ins Dunkel zu bringen.

Die FernUniversität Hagen ist – das kann man durch-aus noch einmal betonen – seit Langem in der Ent-wicklung der orts- und zeitunabhängigen Lehre un-terwegs.

Auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens spielt sie besonders für Studierende mit beruflicher Hoch-

schulzugangsberechtigung, aber auch für das be-rufsbegleitende Studium eine wichtige Rolle. Dar-über sind wir uns sicherlich alle einig.

Das macht sie zu einem wichtigen Bestandteil der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft, wobei ich heute noch einmal nachgelesen habe, dass un-gefähr ein Drittel der Studierenden aus Nordrhein-Westfalen kommt und der Rest von weit übers Land hinaus bis ins deutschsprachige Ausland.

Dies waren unter anderem die Gründe dafür, die Fortentwicklung der FernUniversität zu einer Open University im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Dies-es Projekt haben wir entsprechend betrieben.

Ein Mittelausbau, der auf die Fortentwicklung der FernUniversität zu einer Open University zielt, ist ge-startet. Diese Mittel wachsen nun nach und nach an. Dies geschah zunächst aus Hochschulpaktmitteln.

Der FernUniversität wurden bereits für das Jahr 2018 zusätzlich 1,4 Millionen Euro und für das Jahr 2019 zusätzlich 2,7 Millionen Euro aus Mitteln des Hoch-schulpaktes zur Verfügung gestellt, um damit die Fortentwicklung zu einer Open University voranzu-treiben.

Im Jahr 2020 hat die FernUniversität zusätzlich 6 Mil-lionen Euro aus dem Hochschulpakt bekommen. Da-mit liegen wir übrigens – das nur als kleiner Hinweis – absolut in dem Entwicklungskonzept, das die Univer-sität selber vorgelegt hat.

Ab 2021 wird zudem der Zukunftsvertrag Studium und Lehre – kurz: ZSL – anwendbar sein.

Hier erinnere ich die Kritiker noch einmal daran, dass es sich bei diesen neuen Hochschulpaktmitteln, mit denen die Universitäten sowie die Fach- und Kunst-hochschulen jetzt eine sehr langfristige Ausbausicher-heit haben, nicht mehr um befristete Mittel, son-dern um Dauermittel handelt, die, wie der Name schon sagt, für Studium und Lehre zur Verfügung stehen. Vorbehaltlich eines noch abzuschließenden Hochschulvertrags mit der FernUniversität könnten die Mittel, die sie aus diesem ZSL erhält, dann für Studium und Lehre an der Open University verwen-det werden.

Nach einer vorläufigen Modellrechnung sind das, verglichen mit der Regelung im auslaufenden Hoch-schulpakt, ab 2021 dann 6 Millionen Euro mehr pro Jahr, als sie bisher bekommen hat, weil wir – daran war die Ministerin nicht unschuldig – die Parameter zugunsten der FernUni Hagen verändert haben. Es sieht also nicht so schlecht aus, wie es hier immer gerne dargestellt wird.

Darüber hinaus ist geplant, Mehrbedarfe, die diese Summe übersteigen, künftig über eine Erhöhung der Grundfinanzierung abzudecken, die sukzessive auf-wächst. Hierzu kann ich allerdings im Hinblick auf die

für 2021 noch laufenden Haushaltsgespräche keine nähere Auskunft erteilen.

Ich würde Ihnen jedoch empfehlen, einen Blick in den Entwurf des Haushaltsgesetzes der Landesregierung – der Tag naht, an dem er vorgelegt wird – zu werfen. Natürlich möchte ich Sie auch herzlich bitten, dann den entsprechenden Vorschlag zu unterstützen.

Wir erachten die Weiterentwicklung der FernUniversität Hagen gemeinsam mit der Hochschule als positiv. Es steht außer Frage, dass wir diesen Weg fortführen. Von daher brauchen wir diesen Antrag nicht. Ich bitte insofern um Unterstützung für den Aufbau, wie ich ihn gerade vorgestellt habe. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Bell hat eine Kurzintervention angemeldet.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin! Herzlichen Dank für die Ausführungen.

Es gibt eine sehr konkrete Umsetzungsplanung mit der FernUniversität Hagen, die das Ministerium entsprechend verabredet hat, und die die Kosten – das sind die Zahlen, die ich vorhin genannt habe – sehr detailliert benennt. Daraus ergibt sich eine entsprechende Erhöhung des jährlichen Grundbudgets ab 2021 von 12,5 Millionen Euro.

Zu der Frage „Nutzung von ZSL-Mitteln“ möchte ich mit Erlaubnis der Präsidentin gerne aus der Stellungnahme von Frau Pellert zitieren.

„Alternative Finanzierungsmodelle des MKW für 2021, wonach das Open-University-Projekt anteilig über ZSL-Mitteln finanziert werden könnte, sind schon aufgrund der unterschiedlichen Projekt- und Vertragszielsetzungen und der entsprechenden Zweckbindung der ZSL-Mittel nicht erstrebenswert.“

Eine Vermischung der beiden Finanzierungsfragen sollte aus Sicht der FernUniversität aber auch deshalb vermieden werden, da die zugewiesenen ZSL-Mittel für weitere Belange im Bereich Studium und Lehre dringend benötigt werden.

Eine Nutzung von ZSL-Mitteln in Kompensation für einen reduzierten Mittelaufwuchs des Open-University-Projektes würde das Ziel des Koalitionsvertrags konterkarieren.“

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Isabel Pfeiffer-Poensgen^{*)}, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Darf ich dazu etwas sagen?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Natürlich, Sie haben dazu jetzt die Gelegenheit.

Isabel Pfeiffer-Poensgen^{*)}, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Vielen Dank für die Verlesung des Protokolls; das war noch einmal sehr interessant.

Ich könnte jetzt lange darüber sprechen, was erstrebenswert ist, aber ich bin mehr von der pragmatischen Abteilung. Die Hauptsache ist, wir bekommen das Ding ans Laufen. Das Geld dafür haben wir entsprechend der Aufbauplanung zur Verfügung gestellt. Wir haben vielleicht einen unterschiedlichen Ansatz, aber in der Sache werden wir an dem Projekt einfach weiterarbeiten.

Die von Ihnen immer zitierte Verabredung kenne ich nicht. Ich habe mich natürlich mit diesem Aufbau-, Entwicklungsplan ausführlich beschäftigt, und dass wir ihn interessant finden, ist gar keine Frage. Wir müssen das aber nach den Möglichkeiten und den Zahlen tun. An den Zahlen, die ich Ihnen in meiner Rede vorhin genannt habe, sehen Sie, dass genügend Geld vorhanden ist, um diese Entwicklungsplanung voranzutreiben. Insofern: Wo ist das Problem?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Wissenschaftsausschuss empfiehlt in Drucksache 17/10916, den Antrag abzulehnen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CDU, die FDP, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8424** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

3 Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der Kunststoff-Kreislaufwirtschaft machen – Ein Forschungsinstitut für Kunststoffrecycling fördern

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10840

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Bolte-Richter das Wort.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nachdem das eben mit dem Beifall aus den Reihen der Koalition so wunderbar geklappt hat, versuchen wir es jetzt bei diesem Thema einfach noch einmal.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die EU-Kommission hat 2018 ihre Kunststoffstrategie vorgestellt und dies mit dem Plastik in den Meeren begründet. Damals sagten einige Menschen in Deutschland, das alles habe doch mit uns nichts zu tun, weil wir doch so viel recyceln würden.

Aber wenn man sich die Zahlen anschaut, dann stellt man fest, dass die Recyclingquote von Kunststoffabfällen in Deutschland längst nicht so gut ist, wie es landläufig erscheint und behauptet wird. Es ist auch unser Müll, der tonnenweise in den Meeren landet.

Wir haben in unserem Antrag aufgezeigt, was das Umweltbundesamt hinsichtlich der Verwertung von Kunststoffabfällen insgesamt beziffert: Weniger als die Hälfte wird werkstofflich verwertet, mehr als die Hälfte wird verbrannt.

Das zeigt aber noch nicht die wahren Dimensionen auf. Denn hinter den nicht durch diese Zahlen erfassten Abfällen steht der tonnenweise Export von Müll. Die Verschiffung von Plastikmüll ist seit vielen Jahren Praxis, im Übrigen umstrittene Praxis. Sie wurde nicht durch die Einfuhrbeschränkungen Chinas abgestellt, sondern wir diskutieren seit Langem darüber, dass viel Müll aus Deutschland zum Beispiel in Malaysia landet.

Deutschland stand laut Greenpeace 2018 auf Platz vier der Länder, die die meisten Plastikabfälle nach Malaysia verschiffen. Sicherlich kennen alle die Bilder. Die Abfälle, die dorthin verschifft werden, landen oftmals auf illegalen oder improvisierten Mülldeponien, sie werden verbrannt oder gelangen ins Meer.

Das ist nicht allein eine Verschwendung von Ressourcen, sondern es ist vor allem die Zerstörung von Umwelt und Klima. Von diesem Zustand müssen wir wegkommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die werkstoffliche Verwertung ist die umweltgünstigste Entsorgungsvariante, und sie bringt neue Rohstoffe. Beides ist enorm wichtig für ein industriell geprägtes Land wie Nordrhein-Westfalen. Als Kunststoffland Nummer eins stehen wir in der Verantwortung dafür, alles zu tun, um auch Kunststoffrecyclingland Nummer eins zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bis 2030 sollen alle Kunststoffverpackungen in der Europäischen Union recyclingfähig sein. Wenn wir uns nicht darum kümmern, besteht die Gefahr, dass

NRW den Anschluss auf diesem Weg in die Kreislaufwirtschaft verliert, dass die Innovationen woanders gemacht werden und dass wir dafür mit verminderten Umsätzen und weniger Arbeitsplätzen zahlen müssen. Darin stecken jedoch enorme Chancen. Wenn wir uns darum kümmern, dann können mehr Umsätze und mehr Arbeitsplätze entstehen.

Die Produktion von Kunststoffrecyclaten muss ausgeweitet und dadurch günstiger gemacht werden. Kunststoffrecycling ist immer noch ein Nischengeschäft. Es muss ausgebaut werden, um unsere Ziele im Klima- und Umweltschutz zu erreichen.

Natürlich gibt es bereits in Nordrhein-Westfalen Forschung zu Recycling und Produktdesign an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Aber dieser wichtige Zweig muss ausgebaut werden. Es gibt Forschungslücken, und es gibt auch Handlungsbedarf.

In Verpackungen und Bauteilen steckt das meiste Plastik. An diesen Bereich müssen wir ran. Zwei Drittel der Kunststoffrecyclate werden hier verwendet, aber es gibt nach wie vor deutlich zu wenig.

Etablierte Prozesse müssen anders gedacht werden; sie müssen modifiziert und neu gelebt werden. Hierzu sind große technische Herausforderungen zu meistern. Das haben uns Unternehmer und Forscher in der Anhörung zur EU-Kunststoffstrategie im Europaausschuss hier im Landtag deutlich gemacht.

Unsere Unternehmen brauchen praktische Lösungen für das Kunststoffrecycling. Diese praktischen Lösungen müssen irgendwo entwickelt werden. Dadurch schaffen wir es, die Forschung in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Wir brauchen ein Institut für Kunststoffrecycling, das sich mit Bauteilen und Verpackungen beschäftigt, das die Unternehmen voranbringt und mit den Entsorgern zusammenarbeitet, um gemeinsam Lösungen für die großen Herausforderungen zu finden und Chancen zu erschließen.

Es gibt dafür ein gutes Konzept. Wir als ostwestfälisch-lippische Abgeordnete haben dieses Vorhaben bereits kennengelernt. Vertreter der Uni Paderborn haben es uns vor einigen Monaten im Landtag vorgestellt. Bei der institutionellen Förderung dieses großartigen Projekts gibt es leider noch keine Fortschritte.

Wir haben ein großes Interesse, gemeinsam daran zu arbeiten, weil es eine große Chance für Umwelt und Klimaschutz, aber auch für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ist.

Deshalb darf ich Sie bitten: Lesen Sie unseren Antrag wohlwollend. Ich hoffe, dass wir in der Debatte im Ausschuss einen Konsens erzielen und wir uns am Ende der Debatte noch einmal gegenseitig und

über die Fraktionsgrenzen hinweg Beifall spenden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Vogt.

Petra Vogt (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bolte-Richter, Sie wollten heute ein wenig Applaus von den regierungstragenden Fraktionen haben. Ich kann Ihnen zumindest zusagen, dass wir Ihren vorliegenden Antrag sehr wohlwollend gelesen haben. Da haben Sie vielleicht schon ein kleines Etappenziel erreicht.

(Beifall von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE] – Zuruf: Ah!)

Das sage ich so, es kommt aber bestimmt noch ein Aber.

Wenn man sich in diesem Sommer in unserer Region auf öffentlichen Plätzen, in Naherholungsgebieten oder im Wald aufgehalten hat, wird man festgestellt haben, in welchem hohem Maße sich dort Müll angesammelt hat – in der Regel aus Kunststoffen –, der eigentlich in den vergangenen Jahren schon deutlich auf dem Rückzug war.

Alle Zahlen belegen es: Corona hat uns diesbezüglich schlicht und ergreifend zurückgeworfen.

Ich kann mich an viele Veranstaltungen erinnern, bei denen es natürlich Einweggeschirr gab, auch, weil es sehr viel einfacher war, als immer Geschirr auszugeben, das man spülen muss. Das waren ganz normale Dinge, die wir in den vergangenen Jahren wirklich zurückgedrängt haben und die man kaum noch gesehen hat.

Dann kam diese Coronakrise, und wir stellen auf einmal fest, dass das Aufkommen dieser Art von Müll dramatisch steigt, und zwar weil es mit Infektionsschutz verknüpft ist und weil sich natürlich viele Menschen draußen auf den Plätzen treffen, da sie zumindest teilweise nicht mehr die Gelegenheit hatten, das in entsprechenden Lokalen zu tun.

Daher finden wir den Ansatz, dass wir deutlich mehr Kunststoff recyceln müssen, gut und wichtig.

Heute Morgen habe ich einen Artikel zu dieser Thematik gefunden, der mich wirklich gefreut hat. In der „FAZ“ wurde die Verordnung, die der Deutsche Bundestag gestern beschlossen hat, kommentiert. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin den Titel des Artikels: „Die nächste Grillsaison soll ohne Einwegplastik stattfinden“. Das ist also ein deutlicher Gewinn für unser Anliegen, den Müll zu reduzieren. Vom kommenden Juli an wird man Dinge verbieten, die unsere Umwelt schädigen. So weit, so gut.

Jetzt kommt das Aber. Uns erschließt sich nicht, warum wir jetzt ein Institut für Recycling in Paderborn brauchen, und ebenso wenig die Konstruktion. Wir haben, wie Sie selber in Ihrem Antrag schreiben, schon an sehr vielen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die entsprechende Kompetenz. Daher ist für uns die Frage, warum Sie das gerade in Paderborn und unter diesen Rahmenbedingungen haben wollen, einfach noch ungeklärt.

Wir stehen dem nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Ich weiß, dass auch aus meiner Fraktion die Kollegen aus dem Raum dort Gespräche geführt haben und das Anliegen sicherlich befürworten wollen. Für uns sind aber schlicht noch Fragen offen – daher meine Bitte an das Ministerium, uns noch einmal darüber aufzuklären, wie die Landschaft der Institute in Nordrhein-Westfalen überhaupt aussieht und wo wir noch Nachholbedarf haben. Dann würden wir diese Fragen gerne intensiver im Ausschuss mit Ihnen debattieren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen formulierte Befund der aktuellen Lage rund um Kunststoffverarbeitung, -verwertung und -recycling ist im Wesentlichen zu teilen und stellt die erheblichen Herausforderungen dar, vor denen die Kunststoff- und Recyclingindustrie steht.

Hinzuzufügen ist, dass laut Berechnungen des Grünen Punkts durch Kunststoffrecycling die CO₂-Emissionen um bis zu 50 % gegenüber der Produktion von Neuware reduziert werden können und die Kosten zur CO₂-Einsparung nur etwa 20 % der Kosten der CO₂-Einsparung durch Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien betragen.

Die positive Wirkung von Kunststoffrecycling auf die Klimaschutzziele ist also erheblich.

Zweifellos müssen Forschung und Lehre durch neue Erkenntnisse und Technologien wie auch durch die Ausbildung qualifizierter Ingenieurinnen und Ingenieure Beiträge zur Etablierung einer Kunststoffkreislaufwirtschaft leisten.

Dazu ist es, wie im Antrag thematisiert, von besonderer Bedeutung, diese Aktivitäten mit den Bedarfen und Entwicklungen der relevanten Unternehmen der Branche zu verknüpfen und in Kooperation mit Wissenschaft und Wirtschaft voranzutreiben, um die

Marktrelevanz und eine schnelle Umsetzung der Forschungsergebnisse in der Wirtschaft zu sichern.

Weniger zwingend ist allerdings die Argumentation hinsichtlich der Einrichtung eines neuen Instituts, dessen thematischer Ausrichtung und der Wahl des Standorts.

Hierzu ist Folgendes anzumerken:

Erstens machen Kunststoffe im Baubereich mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 35 Jahren nur 16 % der Kunststoffmenge aus. Verpackungen mit einer Nutzungsdauer von einem halben Jahr führen mit 35 % diese Liste an.

Wenn man also die Mengen und Nutzungsdauern betrachtet, dann ergibt sich, dass Verpackungen die Herausforderung beim Kunststoffrecycling darstellen.

Der Fokus auf den Baubereich und technische Kunststoffe, die vor allen Dingen in langlebigen Wirtschaftsgütern wie Transport und Verkehr in vergleichsweise geringen Mengen eingesetzt werden, kann insofern nicht überzeugen. Zudem sind die Werkstoffsysteme und die Wertschöpfungsketten so divers, dass schon massive Kapazitäten entstehen müssten, um all das abzudecken.

Die Schwerpunkte sind aus unserer Sicht insofern weitgehend falsch gesetzt.

Zweitens. Der Aufbau eines neuen Instituts dauert erfahrungsgemäß mehrere Jahre. Es gibt in NRW, wie bereits erwähnt, Institute mit großer thematischer Nähe, namentlich an der RWTH Aachen, der Universität Duisburg-Essen, der Universität Paderborn sowie am Fraunhofer-Institut UMSICHT.

Für eine zügige Entwicklung, um Doppelstrukturen zu vermeiden und teure Infrastruktur effizient zu nutzen, ist die Stärkung vorhandener Strukturen und ihre institutionelle Förderung dem Aufbau eines neuen Instituts vorzuziehen.

Darüber hinaus werden im Rheinischen Revier derzeit bereits mehrere Projekte ausgearbeitet, die sich mit Kreislaufwirtschaft und Kunststoffrecycling befassen. Über diese Projekte wird unter Einsatz öffentlicher Mittel ein weltweit einmaliges Umfeld für Forschung und Technologieentwicklung entstehen, das Wege zur Lösung lokaler Recyclingprobleme aufzeigen und Know-how und Technologie bereitstellen wird, die auf weltweite Nachfrage stoßen werden.

Das Fazit lautet also: In Anbetracht der gewaltigen Herausforderungen ist es zu begrüßen, wenn das Land NRW von Aachen bis Paderborn die Stärkung und institutionelle Förderung der bestehenden Kunststoffrecyclingforschungseinrichtungen vornimmt. Von einem neuen Institut mit dem im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Fokus kann weder fachlich noch materiell ein substanzialer

Lösungsbeitrag erwartet werden. Vielmehr wäre ein starker NRW-Forschungsverbund vorzuziehen.

Der Überweisung des Antrags werden wir, wie es die anderen Kolleginnen und Kollegen auch zugesagt haben, selbstverständlich zustimmen, und wir hoffen auf eine gute Beratung im zuständigen Fachausschuss. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, es kurz zu machen.

Über die Bedeutung der Kunststoffe, die Werthaltigkeit der Rohstoffe und die Notwendigkeit der Kreislaufwirtschaft ist im Antrag vieles zutreffend beschrieben worden; auch meine Vorrednerin und meiner Vorredner haben dazu viel Zutreffendes gesagt.

Deswegen mache ich es an der Stelle kurz.

Ergänzend will ich Folgendes sagen: Es geht nicht nur um die Frage der Verpackungen oder der Plastikteller. Kunststoffe sind in ganz vielen Bereichen unserer Industrie aufgrund ihrer ausgezeichneten technischen Eigenschaften – Formbeständigkeit, Härte, Elastizität, Bruchfestigkeit, Temperaturfestigkeit, Wärmeformbeständigkeit usw. – nämlich notwendig und wichtig.

Es wurde auch schon darauf hingewiesen, dass zum Beispiel intensiv darüber nachgedacht wird, wie man sie durch andere Kunststoffzusammensetzungen, die leichter recycelt werden können, ersetzen kann. Es gibt insofern eine ganze Reihe von Forschungen.

Ich bin offen dafür, sich anzuschauen, wie wir dem Anspruch genügen können, in Nordrhein-Westfalen ein führendes Kunststoffforschungscluster zu schaffen. In meiner Region Südwestfalen zum Beispiel gibt es eine Reihe von kunststoffintensiven Unternehmen. Auch das Kunststoff-Institut an der Fachhochschule Südwestfalen beschäftigt sich damit, wie man technische Innovationen hervorbringen kann.

Aber es geht natürlich nicht – und ich bin mir nicht sicher, ob wir uns da einig sind –, Kunststoffe pauschal sozusagen als die Wurzel allen Übels zu bezeichnen. Das sind sie nämlich nicht. In ganz vielen Bereichen sind Kunststoffe wichtig und notwendig und wahrscheinlich – so jedenfalls der Stand der jetzigen Forschung – zunächst auch nicht durch andere Materialien und Werkstoffe zu ersetzen.

Deswegen ist dieser Bereich der Forschung mindestens in gleicher Weise notwendig und bedeutsam wie

die Frage, wie wir die recyclingfähigen Kunststoffe einer Wertstoffverwertung und dem Erhalt der Wertstoffkette zuführen.

Insofern freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss, in dem wir diese Themenbereiche sicherlich intensiv diskutieren werden.

Eine abschließende Bemerkung noch an den Kollegen Bolte-Richter: Wenn Sie etwas Richtiges sagen und noch nicht mal Ihre eigene Fraktion die Bedeutung Ihrer Worte würdigt, dann helfen wir um der Sache willen natürlich gerne aus. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN – Heiterkeit von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Seifen.

Helmut Seifen* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Industrialisierung und der Herstellung moderner Werkstoffe und Materialien hat die Entsorgung von Müll und Abfall noch einmal an Brisanz gewonnen.

Vor allem die Produkte der chemischen Industrie, die Kunststoffe, sind nur schwer oder gar nicht in einen natürlichen Verwertungskreislauf einzubringen. Die Schwierigkeiten werden im Antrag angeführt. Vor allem die Mischprodukte lassen sich nicht so ohne Weiteres recyceln.

All das ist bereits seit Langem bekannt, und seit Langem wird daran geforscht, Kunststoffprodukte zu recyceln. Was in der Metallbranche bereits seit ewigen Zeiten gang und gäbe ist, wird auch von der Kunststoffbranche längst angestrebt.

Die Schwierigkeiten, Kunststoffe zu recyceln, sind in der Fachwelt natürlich bekannt. Das liegt hauptsächlich an den Mischprodukten; deswegen können nur 14 % der Kunststoffprodukte in Deutschland recycelt werden. Die übrigen, Herr Bolte-Richter, werden aber nicht unbedingt verbrannt. Vielmehr geht es da um Energieverwertung; das ist auch nicht zu unterschätzen.

Bereits seit Jahren – Herr Schultheis hat es angeführt – beschäftigen sich Forscher der RWTH Aachen und der TH Köln damit, eine Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe zu ermöglichen. Was aber unterschlagen wird: Forschungen werden vor allem durch die Kunststofferzeuger selbst angestrebt. Auch die Organisationen der Kunststoffwertschöpfungskette, sechs an der Zahl, forschen eifrig, denn sie möchten natürlich Gewinne aus dem Recycling erzielen – das ist ja klar.

Diese Organisationen der Kunststoffwertschöpfungskette haben sich zur Fortführung und Erweiterung bestehender Kunststoffrecyclingaktivitäten verpflichtet. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission sollen Kreislaufplattformen ausgebaut und neu aufgebaut werden, die bis 2040 ein werkstoffliches Recycling von 50 % der Kunststoffabfälle sowie Recycling und Wiederverwendung von 70 % der Kunststoffverpackungen erreichen sollen.

Aufgabe sei es – so kann man diese wiedergeben –, gemeinsame Ziele und Maßnahmen für einen so großen und fragmentierten Sektor wie die europäische Kunststoffindustrie zu entwickeln. Das ambitionierte Ziel kann laut dem Verbund nur über Plattformen erreicht werden, die die gesamte Wertschöpfungskette der Werkstoffe umfassen: von Rohstoffproduzenten, Designern, Verarbeitern, Sammlern und Recyclern bis hin zu Markeninhabern und Spezialisten.

Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft sei eine herkulische Aufgabe, die ein starkes Engagement und konkrete Maßnahmen aller Beteiligten erfordere. Ein echter industrieller Wandel könne nur durch das starke Engagement der kunststoffverarbeitenden Industrie, unterstützt durch Akteure der gesamten Wertschöpfungskette, erreicht werden.

Wenn wir das lesen, nehmen wir wahr, dass in diesem Bereich bereits die gesamte Branche mit all ihren Ressourcen und ihrer fachlichen Expertise intensiv an diesem Problem arbeitet. Im Hochschulbereich sind es vor allem die RWTH Aachen und die TH Köln, die mit ihren Forschungsleistungen an der Spitze der Recyclingforschung stehen.

Aus diesem Grunde, Herr Bolte-Richter, drängt sich natürlich wirklich die Frage auf – da möchte ich mir die Aussagen von Herrn Schultheis ausdrücklich zu eigen machen –, warum man in Paderborn ein Institut gründen soll, das einige Zeit braucht, um arbeitsfähig zu werden.

Wir können es uns eigentlich nicht erlauben, Parallelstrukturen aufzubauen und zu finanzieren. Gerade noch unter Tagesordnungspunkt 2 haben wir den geplanten Mittelaufwuchs für die FernUni Hagen storniert oder umgeschichtet – oder wie auch immer man das bezeichnen will.

Die bereits bestehenden Strukturen – ich habe schon auf die Studentenwerke hingewiesen – brauchen unbedingt ausreichende Finanzmittel. Da wäre es nicht zu verantworten, an einer Universität ein Institut aufzubauen zu wollen für Forschungsvorhaben, die bereits von weltweit agierenden Industrieunternehmen und führenden technischen Hochschulen umfassend und seit Langem vorangetrieben werden.

Herr Bolte-Richter, ich hätte fast gedacht, Frau Beer spricht hier zu diesem Antrag. Sie sollten sich nicht darüber wundern, wenn jemand auf die Idee käme, dass der vorliegende Antrag auch oder etwas mehr

mit Klientelpolitik zu tun habe als mit der Lösung eines dringlichen Problems.

Wir können aber gerne im Wissenschaftsausschuss über die Einzelheiten diskutieren. Ich bin gespannt, welche neuen Erkenntnisse wir durch die Diskussion erhalten werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Antrag greift ein wichtiges Thema auf; das konnten wir schon von den Vorrednerinnen und Vorrednern deutlich vernehmen.

Nordrhein-Westfalen ist ein wesentlicher Standort der Kunststoffproduktion in Deutschland. Entsprechend bedeutsam ist es, die Kreislaufwirtschaft zu stärken.

Das tut die Landesregierung, indem sie innovative technologische Ansätze zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft unterstützt, und zwar insbesondere durch die Entwicklung von zirkulären Kunststoffwertungsketten zur Schließung von Stoffkreisläufen.

Zudem steht sie in engem Austausch mit dem Netzwerk kunststoffland NRW, das den Austausch sowie die Zusammenarbeit zwischen allen Gliedern der Wertschöpfungskette fördert und konkrete Projekte zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft innerhalb der Branche initiiert und begleitet.

Ein zentrales Element sind in diesem Kontext natürlich die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die sich in unterschiedlichen Aspekten mit dem Thema „Kunststoff“ und dem Aspekt der Kunststoffkreislaufwirtschaft beschäftigen.

Nach einer ersten Durchsicht forschen in Nordrhein-Westfalen mindestens 13 Hochschulen und drei außeruniversitäre Einrichtungen zu diesem Themenfeld. Ich will sie nicht alle aufzählen; das können wir dann im Ausschuss in Ruhe betrachten.

Das reicht von Universitäten, sehr vielen Hochschulen für angewandte Wissenschaften bis hin zu immerhin noch mehreren Fraunhofer-Instituten. Hinzu kommen die vielen Institute und Fachbereiche im ganzen Land, die sich zumindest mit Teilaspekten der Themen „Kunststoff“ und „Kreislaufwirtschaft“ beschäftigen.

Wenn nun die Universität Paderborn in ihrer Autonomie ein Institut für Kunststoffrecycling gründen möchte, um die Forschung auf diesem Gebiet zu

stärken, wird dies seitens der Landesregierung ausdrücklich begrüßt.

Ich sehe jedoch angesichts der Stärke Nordrhein-Westfalens – ich habe gerade die vielen Orte aufgezählt, an denen geforscht wird – in diesem Bereich keine Notwendigkeit, mittels einer politischen Entscheidung das Thema „Kunststoffrecycling“ unsererseits in einem institutionell geförderten Institut in Paderborn zu verankern.

Der in den Grundsätzen der Forschungsförderung der Landesregierung verankerte strikt qualitätsgeleitete Weg sieht vielmehr verstärkt themenoffene Wettbewerbe und Förderempfehlungen durch wissenschaftliche Jurys vor.

Das Thema eines Instituts für Kunststoffrecycling in Paderborn ist bislang im Kontext einer möglichen Mitgliedschaft in der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft auch an uns herangetragen worden.

Die Aufnahme von Forschungseinrichtungen in die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft ist an klare Kriterien gebunden, die in der Satzung festgehalten sind. Neben einer bereits bestehenden dauerhaften Finanzierung ist die hohe Qualität der Beitrittskandidaten durch eine intensive Evaluierung der bisherigen Arbeit nachzuweisen, der man sich natürlich im weiteren Verlauf immer wieder unterziehen muss, wenn man aufgenommen wird.

Für neu gegründete Institute gilt es also zunächst, sich zu etablieren, bevor eine satzungsmäßige Aufnahme in die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft überhaupt in Betracht kommt.

Insofern hilft hier der Antrag nicht wirklich weiter, aber wir werden das im Ausschuss ja noch ausführlich diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, so dass wir am Schluss der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar in diesem Fall über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrats, den **Antrag Drucksache 17/10840** an den **Wissenschaftsausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Ich rufe auf:

4 Rechte und Bedürfnisse von Kindern mahnend in den Fokus rücken – den Weltkindertag am 20. September zum gesetzlichen Feiertag erklären!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/10858

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Abgeordneten Dworeck-Danielowski das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 20. September wird der Weltkindertag auch hier in Nordrhein-Westfalen und auch hier im Landtag begangen, ein Tag, der die Lebenssituation von Kindern in den Fokus rücken soll.

Unten in der Bürgerhalle finden wir aktuell eine kleine Ausstellung zu den unterschiedlichen Artikeln der Kinderrechtskonvention. Dabei haben wir vor allem Kinder im Blick, die nicht das Glück haben, in einem Land geboren zu werden, das zurzeit frei von Krieg, Hunger und Naturkatastrophen ist.

Deutschland bietet anscheinend so gute Lebensbedingungen, dass viele Menschen aus aller Herren Länder keine Mühe und Hürden scheuen, hier auch ihr Glück zu versuchen.

Für die einheimische Bevölkerung scheint Deutschland trotz des relativen Wohlstandes und trotz eines Gesundheitssystems und trotz der Verschonung vor Erdbeben, Sturmfluten und Hurricanes kein Ort zu sein, in dem man sich ohne Bedenken für Kinder entscheiden kann oder in dem Kinder gesund und glücklich gedeihen.

Neben der Schweiz und Italien hat Deutschland die höchste Quote der Kinderlosigkeit.

Jedes zehnte gezeugte Kind wird hier in einem Land, in dem man grundsätzlich gut und gerne lebt, in einem Land, in dem Platz für viele mehr ist, abgetrieben. Wieso schaffen wir es eigentlich nicht, in diesem Land den eigenen Kindern einen selbstverständlichen Platz im Leben einzuräumen?

In der UN-Kinderrechtskonvention wird unter anderem auch das Recht auf Leben gefordert, auch wenn hier natürlich die Sprache von einem Leben nach der Geburt und vor dem Tod ist.

Kinder sind unsere Zukunft; das ist eine Binse. Wir aber werden nicht müde, das zu betonen, weil der Zeitgeist diese schon fast profane Erkenntnis anscheinend zunehmend ausblendet.

Die Abkehr von dieser Selbstverständlichkeit bekommen wir heute schon drastisch zu spüren: Der demografische Wandel wird nicht nur unser Rentensystem

zu Fall bringen, sondern stellt uns in zahlreichen anderen Bereichen vor kaum lösbare Herausforderungen.

Auch die aktuellen Zahlen lassen nichts Gutes ahnen: Die Geburtenziffer ist wieder gesunken, das Alter der Erstgebärenden auf über 30 Jahre angestiegen.

Ein klares Bekenntnis zu Kindern und Familie hätte dieser Fehlentwicklung vor Jahrzehnten entgegenwirken können. Stattdessen gab es ein klares Bekenntnis zu Feminismus und einer verqueren Gleichstellungsideologie.

„Mein Bauch gehört mir“ und ein falsches Verständnis von Emanzipation haben fatalerweise einen scheinbaren Gegensatz zwischen Selbstbestimmung der Frau einerseits und Mutterschaft andererseits erzeugt – eine verheerende Schieflage.

Die Zeit bleibt aber nicht stehen. Frei nach dem Motto „schlimmer geht es immer“ gibt es eine neue Bewegung, die zum Gebärstreik ausruft. „Kinderlos fürs Klima“ oder, wie es „arte“ provokant bewirbt: „Sind Kinder der Klimakiller?“

Man könnte diese wirren Thesen mit einem Schulterzucken abschütteln, wenn da nicht die Medien wären, die sich darauf stürzen.

Verena Brunschweiler zog mit ihrem sogenannten Manifest durch zahlreiche Talkshows und konnte in fast jeder nennenswerten Zeitung wie „FAZ“ und Co ihre menschenverachtende These, Kinderkriegen sei die Klimasünde Nummer eins, unters Volk bringen. Ein individualistischer Lebensstil wird somit zum Martyrium, zum persönlichen Opfer, zur Rettung unserer aller Erde. Es ist kaum erträglich.

„Seid fruchtbar und mehret euch“, so heißt es schon im ersten Buch Mose. Auch den meisten Nichtchristen ist dieses Zitat bekannt. Wo bleibt da eigentlich der Gegenwind der christlichen Union, fragt man sich da.

Während also in Deutschland Kinder unter vergleichsweise guten Bedingungen aufwachsen könnten, werden ausgerechnet hier die Stimmen immer lauter, die eine kinderlose Gesellschaft fordern.

Kinder, der Karriereknick, Kinder, das Armutsrisiko, Kinder, der Klimakiller. Deutschland ist alles, aber kein kinderfreundliches Land.

In Deutschland braucht es ein Gerichtsurteil, das feststellt, dass Kinderlärm nicht zu den Lärmemissionen gehört. Die Bedürfnisse von Kindern, insbesondere einfach Kind zu sein, frei von starren Tagesabläufen und terminlichen Verpflichtungen, müssen immer hintenstehen.

Die Erwerbstätigkeit beider Elternteile bedingt schon eine 40-Stunden-Woche, teilweise vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Immer mehr Kinder leiden

unter Stress, psychischen Auffälligkeiten und unter behandlungsbedürftigen Depressionen.

Auch das Handeln in der sogenannten Coronakrise hat vorerst die Bedürfnisse von Kindern komplett ignoriert. Erst als immer mehr Kinderärzte, Therapeuten und Eltern sich Gehör verschafften, hat langsam ein Erkenntnisprozess eingesetzt, dass es nicht gut ist, wenn Kinder über Wochen ohne soziale Kontakte, ohne Spielmöglichkeiten und mit großer Verunsicherung in der heimischen Wohnung geparkt werden.

Die wissenschaftlichen Berater, vorneweg die Leopoldina-Stiftung, haben die Lebenssituation von Kindern mit einem Nebensatz abgehandelt und ihre Bedürfnisse beiseitegefegt. Fußball und Handel waren wichtig. Das sagt über den Zustand unseres Landes einiges aus.

Kinder in Deutschland haben in vielerlei Hinsicht bessere Lebensbedingungen als die Kinder, für die vor allen Dingen die Kinderrechtskonvention verabschiedet wurde; gar keine Frage.

Aber unsere fortschrittliche Wohlstandsgesellschaft ist in vielerlei Hinsicht kinderfeindlich. Das Licht der Welt zu erblicken, körperlich und vor allem seelisch gesund aufzuwachsen, ist leider nicht selbstverständlich. Der Kampf gegen die Kinderarmut ist trotz zahlreicher Gesetze und Leistungen nicht erfolgreich.

Ein Feiertag hat Symbolkraft und schenkt Eltern und Kindern gemeinsame Zeit. Die Wirtschaft nimmt auch in anderen Fragen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr: Sie trägt die Energiewende, ist Teil der Charta für Vielfalt und unterstützt die gleichstellungspolitischen Vorgaben. Ich bin mir sicher,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Sie würde auch ein Bekenntnis zu Familie und Kindern und ihren Arbeitnehmern von morgen würdigen. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Kollegin Quik das Wort.

Charlotte Quik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den vorliegenden Antrag gelesen habe, war ich irritiert. Irritiert darüber, dass Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der AfD, einem so wichtigen Thema wie dem Schutz der Rechte und Bedürfnisse von Kindern mit einem solchen Schaufensterantrag begegnen wollen.

Hier stellt sich wirklich die Frage der Glaubwürdigkeit, wenn Sie noch nicht einmal wissen, dass dieser Antrag, der das Ziel hat, einen Feiertag zu erlassen, federführend in den Hauptausschuss gehört und vom Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend nur beratend begleitet werden kann.

Es scheint vielmehr, dass Sie von der AfD Ihre Hausaufgaben einmal mehr nicht gemacht und stattdessen einen Antrag für die Medien formuliert haben, der sich aber in keiner Weise an dem wirklich ernstesten Anliegen orientiert.

Ich kann Ihnen versichern: Seit Regierungsantritt haben sich die NRW-Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen der Aufgabe gestellt, Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Land für Familien und Kinder zu machen.

Wir schaffen Grundlagen, damit unsere Kinder und Jugendlichen gefördert werden und sich optimal entwickeln können.

Art. 6 Abs. 2 der nordrhein-westfälischen Verfassung besagt, dass Kinder und Jugendliche das Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung von Staat und Gesellschaft haben.

Er besagt weiter, dass sie vor Gefahren für körperliches, geistiges und seelisches Wohl zu schützen sowie ihre Rechte zu achten und zu sichern sind.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen wird durch diese Verankerung in der Landesverfassung besonders gewürdigt.

Es ist originäre Aufgabe von Eltern, Familien und Betreuern, Kinder und Jugendliche zu schützen. Die NRW-Koalition ist davon überzeugt, dass alles getan werden muss, um dem Kinderschutz einen herausragend hohen Stellenwert zu geben – gesellschaftlich, politisch und parlamentarisch.

Wir haben den Kinderschutz in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt und fraktionsübergreifend Fachstellen eingerichtet, die als Motor dafür dienen, die Belange und den Schutz von Kindern und Jugendlichen in den Fokus zu nehmen.

Nicht zuletzt die unfassbaren Missbrauchsvorfälle, von denen die Fälle in Lügde nur die Spitze des Eisbergs waren, sind uns allen sehr präsent. Es wurden zahlreiche Maßnahmen zur Aufarbeitung und zur Prävention ergriffen.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat mit Beschluss vom 26. Juni 2019 den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss IV und im weiteren Verlauf die Kinderschutzkommission eingerichtet.

Die Landesregierung hat darüber hinaus mit Kabinettsbeschluss vom 3. September 2019 die interministerielle Arbeitsgruppe „Maßnahmen zur Prävention,

zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ unter der Führung des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen einberufen.

Und nicht zuletzt am vergangenen Plenarmittwoch haben wir mit breiter Mehrheit in diesem Haus zwei weitere Anträge beschlossen, die den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen, aber auch im Bund weiter ausbauen:

Wir wollen die Möglichkeiten, Täter beim Anbieten eines Kindes für den Missbrauch und/oder bei Besitz und Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen in U-Haft zu bringen, ausweiten.

Außerdem streben wir in Deutschland ein Verbot von Sexpuppen an, die Kindern nachempfunden sind.

Darüber hinaus haben wir auch die Grundlagen nicht vergessen. Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz haben wir im bereits laufenden Kitajahr 2020/2021 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in das System der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen investiert. Wir haben der jahrelangen strukturellen Unterfinanzierung der Kinderbetreuung ein Ende bereitet und sie zukunftsfest gemacht.

Durch diese neue, erstmals an reellen Personal- und Sachkostensteigerungen orientierte Dynamisierung wurde durch die NRW-Koalition zum ersten Mal echte Nachhaltigkeit geschaffen.

Es gibt mehr Geld für pädagogische Fachkräfte, Mittel für bedarfsgerechte Betreuungsangebote, strukturelle Fachberatung für Kitas und Kindertagespflege sowie bessere alltagsintegrierte Sprachförderung.

Eine Entlastung für Kitaträger ist die Ausbaugarantie. Eine finanzielle Entlastung der Eltern gibt es durch ein zweites beitragsfreies Kitajahr.

Kurzum: Die Anliegen von Kindern und Jugendlichen und insbesondere der Schutz unserer Kleinsten haben bei der NRW-Koalition höchste Priorität.

Ich möchte festhalten: Der uns vorliegende Antrag kommt von einer Fraktion, die vor Kurzem erst ein Malbuch mit einer merkwürdigen Konnotation an Kinder verteilt hat!

Es lässt mich ziemlich fassungslos zurück, dass Sie selbst bei einem so wichtigen Thema nicht davor zurückschrecken, in gewohnter Manier einen Schaufensterantrag zu stellen, dem jede Glaubwürdigkeit fehlt, sich für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen zu wollen.

Kinderschutz und Kinderrechte liegen bei unserem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet und dem zuständigen Minister Dr. Joachim Stamp bereits in den besten Händen.

Daher lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Quik. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Büteführ das Wort. Bitte sehr.

Dr. Nadja Büteführ (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich nach dem Vortrag, den ich gerade von der AfD-Vertreterin gehört habe, erst einmal sammeln.

(Beifall von der SPD)

Ich stelle mir wirklich die Frage: Wo leben Sie eigentlich?

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ja!)

Haben Sie eine selektive Wahrnehmung, oder habe ich sie vielleicht?

Jedenfalls kann ich das, was Sie vorgetragen haben, weder nachvollziehen, noch gutheißen, noch kriege ich das für mich geklärt.

Ich möchte einmal zwei Zitate von Ihnen aufgreifen: Schlimmer geht's immer. – In der Tat. Ich dachte, ich hätte hier schon einiges erlebt, aber schlimmer geht's immer.

(Beifall von der SPD)

Dann haben Sie ein zweites Zitat gebracht. Es ist eigentlich kaum erträglich. – Wenn ich mir nicht die Arbeit gemacht hätte, könnte ich jetzt aufhören. Es ist eigentlich kaum erträglich, was Sie hier vorgetragen haben.

Ich dachte, Sie kommen gar nicht mehr auf den Antrag zu sprechen, aber in den letzten Sekunden Ihrer Rede haben Sie dann doch noch halbwegs die Kurve bekommen, zum Antrag zu sprechen. Genau das versuche ich jetzt auch einmal.

Sie beantragen, den Weltkindertag am 20. September als gesetzlichen Feiertag auszuweisen. Sie folgen damit dem Freistaat Thüringen, wo dieser Feiertag – allerdings mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken – eingeführt worden ist, im Übrigen gegen die Stimmen von CDU und AfD.

Es ist nicht sonderlich konsistent, dass Sie das heute beantragen und wir den Antrag ablehnen, aber so wird es kommen, denn man kann Äpfel nicht mit Birnen vergleichen.

(Andreas Keith [AfD]: Man kann gute Vorschläge des politischen Gegners nicht übernehmen! Das ist das Problem!)

Wir haben anscheinend eine Zielvorgabe von elf Feiertagen, die sich etabliert hat. Thüringen hatte noch einen Tag zu vergeben. Dass man diesen Tag vor

dem Hintergrund der Kinderrechte gewählt hat, finde ich gut und richtig; aber das kann man nicht eins zu eins auf NRW übertragen.

Das zentrale Problem ist: Ein Feiertag löst keine gesellschaftlichen Probleme.

(Beifall von der SPD)

Wenn das so wäre, würde ich vorschlagen, wir deklarieren 365 Tage im Jahr zu Feiertagen, ich bleibe zu Hause, lege die Füße hoch, und alles ist wunderbar. – Das funktioniert leider nicht.

(Beifall von der SPD)

Es muss mehr Kinderschutz geben. Es muss verstärkte Anstrengungen dafür geben, aber es bedarf keiner Symbolpolitik, sondern harter Arbeit, um vernünftige Ergebnisse zu erzielen.

Ihr Antrag ist jedoch ein reiner Schaufensterantrag; das hat die Kollegin der CDU gerade schon geschildert. Das hilft uns nicht weiter.

Wir müssen auch beachten, dass ein Feiertag eine enorme wirtschaftliche Tragweite hat. Wenn man sich vor Augen führt, dass ein Feiertag in NRW das Bruttoinlandsprodukt um etwa 700 Millionen Euro reduziert, sollte man dieses Geld doch lieber in vernünftige Maßnahmen für Kinderschutz, Betreuung, Bildung und gleiche Chancen investieren und sinnvoll einsetzen.

Ein letzter Punkt. Ich finde die Behandlung dieses Antrags von Ihnen nicht sonderlich clever gewählt. Wenn es Ihnen wirklich um den Kinderschutz und die Kinderrechte ginge, würden Sie keine direkte Abstimmung beantragen, sondern hätten eine Überweisung des Antrags in die entsprechenden Fachausschüsse beantragt. Dort hätte man vernünftig darüber sprechen und sich austauschen können.

(Lachen von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Dann wären Sie im Übrigen vielleicht auch dazu gekommen, der sozialdemokratischen Forderung der Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz zuzustimmen. Das wäre etwas sinniger gewesen.

Auch der Bundestag hat über die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz debattiert. Ich möchte zitieren, was die AfD dazu gesagt hat. Sie sagte, das sei Ausdruck des linken Traums einer staatlichen Deutungshoheit über die Kinderbetten.

Ich weiß nicht, was daran links ist, wenn Sie in einem zweiten Satz sagen, es erinnere Sie an Nazizeit und Faschismus. Das sind Ihre Worte im Bundestag gewesen.

(Beifall von der SPD)

Ich stelle fest: Ein wirkliches Interesse daran, Kinderrechte und Kinderschutz durchzusetzen, scheinen Sie nicht zu haben; sonst hätten Sie gänzlich anders

argumentiert und wären mit dem Thema ganz anders umgegangen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Büteführ. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluss einer langen Plenarwoche beraten wir noch mal das Thema „Kindeswohl“ und beschäftigen uns mit unserer politischen Verantwortung für die Jüngsten, und zwar nach einer sehr – die richtigen Worte fehlen mir tatsächlich – weltfremden und teilweise intoleranten Rede der AfD.

Wir sind aber nichts anderes gewöhnt, denn manchmal benutzen Sie Kinder mit Migrationshintergrund auch pauschal, um Schulen und Schulerfolge schlechtzureden. Es ist schon sehr merkwürdig, was Sie in letzter Zeit dazu von sich gegeben haben.

Ich komme zu dem Antrag, den drei Jahren, die Sie mittlerweile dem Parlament beiwohnen dürfen, stellen.

Es ist schon bemerkenswert, dass Sie einen Weltkindertag zum Feiertag erheben wollen, vor allen Dingen mit dieser Argumentation. Ich finde das insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, wie Ihre Parteifreunde um Herrn Höcke in Thüringen argumentieren.

Dort haben Sie einen Antrag von SPD, Grünen und Linkspartei abgelehnt, weil er linkspopulistisch, ein Wahlgeschenk, ein Zauberhut, wirtschaftsfeindlich usw. usf. sei.

(Andreas Keith [AfD]: Wir nicht! Da müssen Sie die Kollegen in Thüringen fragen!)

In Ihrem Antrag benutzen Sie auch Worte wie „Antinationalismus“, „Enttraditionalisierung“ und Ähnliches. Ich finde es schwierig, auf einem solchen Niveau zu diskutieren.

Wenn Sie ernsthaft etwas für Kinder und Jugendliche in diesem Land tun wollen, müssen Sie eine entsprechend pragmatische und gute Politik machen. Die haben wir in Nordrhein-Westfalen gemacht:

Wir haben ein neues Kinderbildungsgesetz auf den Weg gebracht.

Wir haben die Schulpolitik reformiert.

Wir haben Inklusionspolitik betrieben.

Gerade in Coronazeiten, Frau Kollegin, haben wir die Kinderrechte in den Vordergrund gestellt, weil wir als eines der ersten Bundesländer probiert haben, die Kinder nicht nur zu schützen, sondern auch eine

Öffnungsstrategie zu verfolgen, die insbesondere Kinder und Familien in den Blick nimmt.

Ein zweiter Punkt ist ganz entscheidend, dass wir nämlich in Zukunft über Kinderrechte im Grundgesetz sprechen. Dazu haben Sie sich bislang nur sehr ablehnend geäußert. Das wäre eine substanzielle Maßnahme, um Kinderrechte in den Fokus zu rücken.

Als dritte Maßnahme haben wir das Thema „Kinderschutz“ in den Blick genommen. Wir haben nach den schrecklichen Vorfällen in Bergisch Gladbach und Lügde eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet, die noch in diesem Jahr ihre Ergebnisse vorlegen wird.

Wir haben die Kinderschutzkommission auf den Weg gebracht und einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, der bereits die ersten Konsequenzen gezogen hat und auch noch weitere ziehen wird.

Während der Coronakrise – das hätten Sie lobend anerkennen können, wenn es Ihnen doch so wichtig ist – geht es auch darum, eine „Bildungs- und Betreuungsgarantie“ auszusprechen.

Das Entscheidende ist nämlich, dass wir in jeder Phase der gesellschaftlichen Entwicklung um die Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen streiten und letztlich ein neues Kinderbildungsgesetz auf den Weg gebracht haben.

All diese Punkte zeigen: Wenn man vernünftige Politik macht, kann man Kinder und Jugendliche in diesem Land stärken. Das wollen Sie nicht. Sie haben einen rein populistischen Antrag auf den Weg gebracht. Deswegen werden wir ihn ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Von Frau Dworeck-Danielowski wurde der Wunsch nach einer Kurzintervention angemeldet. Ich öffne jetzt Ihr Mikrofon für 90 Sekunden Kurzintervention.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Hafke, ich möchte auf zwei Punkte eingehen.

Zum einen: Wenn Sie sich schon auf die Debatte im Landtag Thüringen beziehen, sollten Sie vor allen Dingen feststellen, dass Gegenwind vor allem damit begründet wurde, dass es in den neuen Bundesländern früher offensichtlich ein anderes Datum für den Kindertag gab und man deswegen den 20. September für falsch gewählt hielt.

Zum anderen steht in dem Antrag kein einziges Wort über Antinationalismus. Vielmehr ist von Antinationalismus die Rede, und das habe ich in meiner Rede

gerade auch erwähnt. Dabei geht es um etwas ganz anderes, nämlich darum, dass Kinder an sich keinen selbstverständlichen Platz mehr in unserer Gesellschaft haben.

Ich frage mich, warum trotz all der Dinge, die Sie angesprochen haben und die die Landesregierung richtigerweise nach vorne gebracht hat, was wir auch sehr wertschätzen und gut finden, und trotz der bahnbrechenden frühkindlichen Bildungslandschaft immer mehr Kinder psychische Auffälligkeiten aufweisen und auch psychisch erkranken.

Wenn bereits 2 % der Kinder hier in unserem Land an behandlungsbedürftigen Depressionen erkrankt sind, hat das Bildungssystem offensichtlich Schwächen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, es steht Ihnen frei, 90 Sekunden zu erwidern. Bitte sehr.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin, ich habe alles gesagt.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. – Das waren die Kurzintervention und die Erwidern. Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dworeck-Danielowski, Sie haben irgendwo in Ihrem Redebeitrag von wirren Thesen gesprochen. Bei wirren Thesen fällt mir eigentlich nur ein, was Sie gerade vorgebracht haben, denn Sie benutzen diesen Schaufensterantrag zur Verbreitung Ihrer rückwärtsgerichtetem Ideologie, und das finde ich in höchstem Maße wirt.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Wenn man sich einmal inhaltlich damit auseinandersetzen möchte, kommt man zu dem Punkt, dass ein Antrag zum Thema „Einrichtung eines weiteren Feiertags“ ungefähr so wertvoll ist wie Beifall vom Balkon. Das ist eine schöne Geste, aber wohlfeil und leidet mit wenig Substanz.

Ein Feiertag ist immer ein Symbol. Das kann ein gutes Symbol sein. Das ist aber immer auch Symbolpolitik. Wenn Sie bei der Symbolpolitik geblieben wären, wäre das ja schön gewesen. Aber das, was Sie hier gerade an Ideologie vorgebracht haben, war nur schwer zu ertragen. Dementsprechend: Bleiben Sie beim nächsten Mal bei der Symbolpolitik und versuchen Sie nicht auch noch, hier Ihre verquastenen Weisheiten von sich zu geben!

(Beifall von der SPD)

Was braucht man wirklich, wenn man sich ernsthaft mit Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen will? Das ist nicht das Bejammern einer möglicherweise kinderfeindlichen Gesellschaft. Ich würde mich dann einmal damit beschäftigen, wie man Kinderrechte und die Rolle von Kindern in dieser Gesellschaft wirklich verstärken kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das bedeutet: starke Kinderrechte im Grundgesetz. Das bedeutet: Beteiligung von Kindern an der Gestaltung ihrer direkten Lebensumwelt und an den politischen Entscheidungen, die sie selbst betreffen. Politik, die das ernst nimmt und aufnimmt, bedeutet – wir haben heute Morgen lang und breit darüber diskutiert –: konsequenter Kinderschutz. Aus unserer Sicht bedeutet das auch: eine Absenkung des Wahlalters.

Von all diesen sehr konkreten Punkten, die die Rechte von Kindern und das Gesehen- und Gehörtwerden von Kindern in dieser Gesellschaft nach vorne bringen würden, haben ich in Ihrem Beitrag gar nichts gehört. Das zeigt sehr deutlich: Ihnen geht es nicht um die Frage der Kinderrechte, Ihnen geht es irgendwie darum, Redezeit zu bekommen, um irgendetwas Verquastes über Familienpolitik und Genderideologie zu erzählen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was Kinder nicht brauchen, sind Bonbons oder Beifall vom Balkon. Sie brauchen konkretes politisches Handeln. Das wollen wir hier miteinander ernsthaft diskutieren. Was Kinder auf jeden Fall nicht brauchen, sind diese verquasteten Einlassungen der AfD. Das brauchen Kinder sogar am allerwenigsten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Hier im Haus gibt es keinen Menschen – ich kenne keinen –, der irgendetwas gegen den Schutz der Kinder hätte oder dagegen handeln oder reden würde. Es gibt viele tolle Ideen, was man machen könnte. Es gibt auch viele Möglichkeiten, etwas zu tun. Nur gehört aus meiner Sicht die Einführung eines Feiertags überhaupt nicht dazu.

Der vorliegende Antrag sieht auf den ersten Blick irgendwie nett aus, aber wenn man ihn zu Ende denkt, dann sieht man: Das ist Schaufenster-, das ist Symbolpolitik. Wieso? Ganz einfach: Es sind doch nicht

Feiertage, die Kindern helfen. Das habe ich noch nie gehört.

Natürlich kann man sagen, dass Feiertage sensibilisieren und Aufmerksamkeit schaffen. Das haben Sie in Ihrem Antrag ja auch so formuliert. Aber dass der Feiertag bei diesem Thema das richtige Vehikel ist, da habe ich größere Zweifel.

Insofern hilft übrigens ein Blick auf andere Feiertage. Wie viele Menschen beschäftigen sich eigentlich an Fronleichnam wirklich mit der christlichen Botschaft? Wer weiß eigentlich noch, was hinter Pfingsten steckt? Für viele Menschen sind Feiertage freie Tage, und die Botschaft geht verloren. Dieses Risiko wäre bei weiteren Feiertagen noch größer.

Was kann man also stattdessen tun? Ich finde, wir müssen mutig und entschlossen handeln, und zwar so, dass es Kindern und Jugendlichen hilft. Deshalb ist ein Handeln, das ganz konkret auf die Gefahren für Kinder und Jugendliche hinweist, der Ansatz der Landesregierung – mit einer kinderfreundlichen Politik und mit konkreten Maßnahmen. Ich nenne nur zwei Beispiele:

Erstens denke ich an unseren Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Da sehen wir einen riesigen Sumpf, ein Massenphänomen. Aber wir haben angefangen, den Sumpf trocken zu legen. So haben wir wahrscheinlich mehr für Kinder getan, als wenn wir einen Feiertag einrichten würden.

Zweitens ist die im letzten Jahr ins Leben gerufene Kinderschutzkommission ein weiteres gutes Instrument, um Kinderschutz voranzutreiben und Perspektiven für Kinderrechte zu entwickeln. Hier sind wir auf einem guten Weg.

Abschließend noch einmal zurück zu den Feiertagen, weil sie einen solchen ja beantragt haben: Wir liegen mit unseren elf Feiertagen in NRW im bundesweiten Vergleich im Mittelfeld. Nur vier Länder haben mehr als elf Feiertage.

Einzelne Wünsche zur Einführung weiterer Feiertage wurden oft geäußert: Weltfrauentag, Tag der Befreiung – der in Berlin dieses Jahr übrigens zum einmaligen Feiertag erklärt wurde – oder Rosenmontag. Sie können mir glauben: Je näher ein entsprechendes Datum kommt, desto öfter erreichen unser Haus unterschiedliche Anfragen. Ganz oft steckt dahinter das Anliegen, besonderen Anlässen durch die Einführung eines Feiertages zu mehr Gewicht zu verhelfen. Das kann man bei vielen Anlässen ja auch verstehen. Oft geht es aber auch einfach nur um den Wunsch nach noch einem arbeitsfreien Tag.

So einfach ist das alles aber nicht. Die Feiertagsstruktur basiert auf einem gesamtgesellschaftlichen Konsens. Die meisten der Feiertage bei uns in Nordrhein-Westfalen, nämlich acht, sind christlichen Ursprungs. Auch wenn ich gerade darüber gesprochen

habe, dass einige der Feiertage Sendungskraft verlieren, sind sie nach wie vor tief im Bewusstsein der Menschen verankert. Das wird für Weihnachten oder Ostern sicher niemand bestreiten. Das sind Hochfeste, die für viele Menschen sogar das Jahr strukturieren. Aber auch die weltlichen Feiertage wie der 1. Mai oder der 3. Oktober haben einen ganz festen Platz im Jahresplan.

Es gibt übrigens ein weiteres Problem: Ein zusätzlicher Feiertag bedeutet Arbeitsausfall und kostet Geld. Auch eine solche zusätzliche Belastung der Wirtschaft ist abzuwägen und mit Betroffenen zu erörtern. Gerade in der aktuellen Lage ist daher ein solcher symbolträchtiger, aber inhaltsleerer Antrag, wie ich finde, höchst zweifelhaft.

Noch einmal der folgende Hinweis: In Thüringen ist der Weltkindertag ein Feiertag geworden. Dort hat die AfD dessen Einführung als – Zitat – „Linkspopulismus“ und – Zitat – „Wahlgeschenk“ bezeichnet. Vielleicht sprechen Sie untereinander einmal darüber, wie die Anträge wirken sollen.

(Beifall von der CDU – Andreas Keith [AfD]:
Sie haben ja noch nie einen Antrag gestellt,
bei dem die Bundesregierung das anders
sieht!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit haben wir den Schluss der Aussprache erreicht.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt, sodass ich nunmehr frage, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/10858 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten Neppe, Langguth und Pretzell. Der guten Ordnung halber frage ich: Gibt es noch jemanden, der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/10858 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 7. Oktober 2020, um 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen noch einen angenehmen, nicht allzu arbeitsreichen Tag und ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:07 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GesChO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.